ROTE ANNELIESE

Nr. 176 / Februar 2003 Fr. 6.–

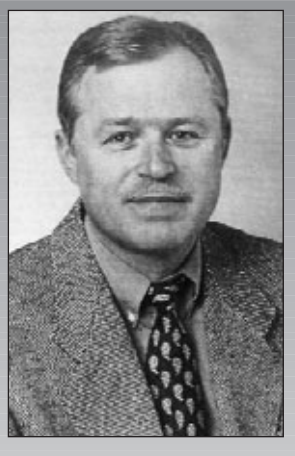
UBS und Kapo gegen Taugwalder

Wie ein Überfall!

Seite 6

Paul Inderkummens

Pleite-Firmen



Betreibungen von einer Million Franken!

Seite 4

Betrüger Charles Métry

Bundesrat Escher schützte ihn!

Seite 8

Affäre Conti Neri:

Paul-Bernhard Bayard in Not

Seite 3

Noam Chomsky: Philosoph und Gesellschaftskritiker Seite 16

Sizilianische Verhältnisse

Am CSPO-Tourismusforum erklärten die CSPO-Parteivorderen grossspurig den Tarif: Öffentliche Fördergelder sollen nur noch gesunde und überlebensfähige Betriebe erhalten. Dieses Kriterium gilt offenbar nur für die Betriebe fernab der Entourage von Staatsrat Wilhelm Schnyder. Der Fall des ehemaligen CSPO-Präsidenten und Grossrates Paul Inderkummen zeigt dies eindrücklich.

Inderkummens Firmen «Arnold AG» und «Ilfa Rekies AG» sind so gut wie pleite. Die Gläubiger fordern über eine Million Franken. Die ersten Konkursandrohungen sind deponiert. Der Leuker Vizepräfekt und Regionsvorstand Inderkummen, der zum engsten Umfeld von Finanzminister Wilhelm Schnyder gehört, kann seine Kantons- und Mehrwertsteuern nicht mehr bezahlen. Betreibungen laufen auch für die Beiträge der AHV, der Pensionskasse und der beruflichen Krankenkasse. Selbst für die Swisscom-Rechnung wird die «Arnold AG» betrieben.

Trotz dieser miserablen Lage machte die kantonale Wirtschaftsförderung rund 850 000 Franken für die konkursiten Firmen locker. Für ein Fass ohne Boden und ohne Bedingung an eine Sanierung. Eigentlich sollten als Gegenleistung 10 Arbeitsplätze geschaffen werden, jetzt stehen 50 auf dem Spiel. Eingefädelt wurde der Deal vom CSPO-Gemeinderat Roberto Schmidt, seines Zeichens CSPO-Sekretär und Schnyder-Adjunkt in Sitten. Offenbar funktionieren die CSPO-Seilschaften auch dann noch, wenn alle Warnlampen blinken. Munter sprudelt das Geld für die Wahlhelfer von Staatsrat Schnyder. In Sizilien gibt es dafür einen Namen!

Kurt Marti

Inhalt

Schwarzgeld: Lawine rollt ▶ Seite 3

Inderkummen: Firmen pleite ▶ Seite 4

Taugwalder: Wie ein Überfall ▶ Seite 6

Betrüger: Charles Métry ▶ Seite 8

Couchepin: Peinlich, peinlich ▶ Seite 10

WEF: Auf nach Davos ▶ Seite 11

Wasserzinsen: Freche Angriffe ▶ Seite 12

Skelette: Auf Abfallhalde? ▶ Seite 13

Atom-Inserat: Neben den Fakten ▶ Seite 13

Finnland: Sonera-Debakel ▶ Seite 14

Chile: Nach Pinochet ▶ Seite 15

Noam Chomsky: Kritiker der USA ▶ Seite 16

Wohin frau/man geht: ▶ Seite 18

Zi-Täter: Also wirklich! ▶ Seite 19

Gertschen: Teure Doktorarbeit ▶ Seite 20

Collenberg: Wann zurück? ▶ Seite 20

Dicke Eier

Odilo Schmid ist fest entschlossen

Staatsrat Wilhelm Schnyders Zukunft ist offen. Er fühlt sich zu neuen Ufern berufen. Jeder weiss, dass er gerne als gelber Nationalrat die Nachfolge von Odilo Schmid antreten möchte. Und jeder weiss, dass er eine Niederlage gegen Schmid niemals verschmerzen könnte. Dass es Schnyder mit der Kandidatur ernst ist, beweist ein einziges Gerücht: Odilo Schmid ist fest entschlossen, noch einmal anzutreten. Und sei es um Schnyder zu verhindern.

Merci, Herr Oberst Brogli!

Leider hat der Briger Gemeindeschreiber und Oberst Eduard Brogli vergessen, unter den Medienlinks auf der Stadt-Homepage die Rote Anneliese aufzuführen. Wir haben Brogli darauf hingewiesen und dann passierte gar nichts. Nachdem die RA bei der Stadtpräsidentin Viola Amherd intervenierte, spurte Oberst Brogli innert zehn Minuten. In einem Mail machte er zur Bedingung, dass die RA zuerst eine Homepage vorweise, um unter die Medienlinks der Stadt Brig-Glis zu kommen. Die RA gab zurück, auch der WB und viele andere Links auf der Homepage der Stadt hätten keine eigene Homepage. Darauf giftete Oberst Brogli: *«Ich glaube nicht, dass es an Ihnen liegt, mir zu sagen, was ich muss und was ich nicht muss.»* Kurz darauf war das Logo der Roten Anneliese auf der Briger Homepage. Merci, Herr Oberst!

Welches Ingenieurbüro hat verloren?

Wenn man den WB liest, laust einem immer wieder der Affe. Nie werden die Namen von Verantwortlichen genannt und immer muss man nach der Lektüre des CVP-Blattes in der Gegend herumfragen, wer denn nun hinter den Verklausulierungen steckt. Auch die RA muss laufend Auskünfte erteilen, wenn der WB die Leute und Dinge nicht beim Namen nennt. So geschehen beim Honorarstreit zwischen einem *«Visper Ingenieurbüro»* und der Gemeinde Eischoll. Das Ingenieurbüro musste vor dem Bundesgericht eine Schlappe einstecken und auf ein Honorar von 40 000 Franken verzichten. Hinter dem Ingenieurbüro versteckt sich niemand anders als das Büro von Alt-CSP-Ständerat Peter Bloetzer. Und hinter der Gemeinde Eischoll der CSP-Gemeindepräsident und CSP-Grossrat Thomas Brunner. Die beiden sind sich wegen dieser Sache schon seit Jahren in den Haaren und haben für die Prozesskosten mindestens den halben Jahreslohn eines Lonzaarbeiters verpulvert.

Chevrier ist überflüssig: Aktion drei statt fünf

Mit dem Wechsel von Christoph Darbellay zur CVP spekulieren die Schwarzen plötzlich auf fünf von sieben Sitzen im Nationalrat. Offenbar lesen die CVP-Herren nicht die SonntagsZeitung, denn diese war in ihrem Parlamentarier-Rating der Meinung, der Unterwalliser CVP-Nationalrat Maurice Chevrier sei überflüssig. Folglich braucht die CVP Wallis statt aktuell vier nur noch drei Nationalräte.

Impressum

Rote Anneliese
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
Kurt Marti (ktm)
Cyrill Pinto (cp)
Patrick Zehner (pz)

Sekretariat
Ursula Schild

Freie MitarbeiterInnen
Hilar Eggel
Martina Schild
Urs Volken

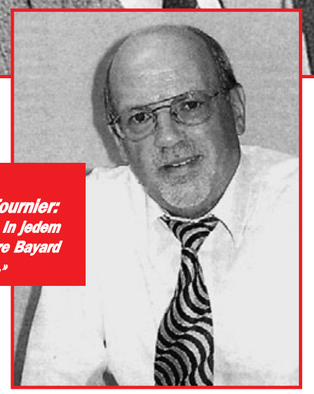
Agenda
Renata Werlen

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Schwarzgeld-Affäre der Möbel Gertschen AG

Die Lawine gegen Bayard rollt



Ein CVP-Insider über Staatsrat Fournier: «Es ist ein Skandal. In jedem anderen Kanton wäre Bayard suspendiert worden.»

NATERS/SITTEN **– In der Affäre «Conti Neri» wird es für Paul-Bernhard Bayard immer enger: Die Strafuntersuchung des kantonalen Untersuchungsrichters ist in der Schlussphase. Die Verfahren der eidgenössischen und kantonalen Steuerverwaltungen laufen auf Hochtouren. Und noch immer ist Bayard Betreibungsbeamter des Bezirkes Brig. Wann endlich suspendiert Staatsrat Jean-René Fournier den CVP-Mann?**

VON KURT MARTI

«Im Kompetenzbereich des kantonalen Untersuchungsrichteramtes läuft zur Zeit die Untersuchung, namentlich die Schlussbefragung der involvierten Personen. Anschliessend, nach Verfassung und Kenntnisgabe der Anschuldigungen, wird den Parteien die Gelegenheit zu Beweisergänzungen eingeräumt», erklärte Jean-Pierre Greter, der deutschsprachige Untersuchungsrichter im kantonalen Untersuchungsrichteramt, auf Anfrage der *Roten Anneliese.* Aufgrund der polizeilichen Ermittlungen gegen die Verantwortlichen der Möbel Gertschen AG in Sachen Schwarzgelder hatte Greter im Juli 2002 ein Untersuchungsverfahren gegen mehrere Personen im Oberwallis eröffnet, insbesondere gegen Paul-Bernhard Bayard, den ehemaligen Verwaltungsratspräsidenten der Möbel Gertschen AG. Die Anschuldigungspunkte lauten: Widerhandlung gegen die Steuer- und Sozialversicherungsgesetzgebung. Laut Recherchen der *Roten Anneliese* ist der Kreis der Befragten in der jetzigen Schlussphase noch stark erweitert worden.

Kantonale und eidgenössische Verfahren laufen

Auch die Verfahren der kantonalen Steuerverwaltung sind teilweise noch im Gang. Dazu Heinz Fux von der kantonalen Steuerverwaltung: *«Auf das Bekanntwerden der obgenannten Angelegenheit hat die kantonale Steuerverwaltung sofort die im Steuergesetz für solche Vorfälle vorgesehenen Massnahmen (Nachsteuer-, Bussenverfahren usw.) eingeleitet. Diese Verfahren konnten inzwischen teilweise abgeschlossen werden. Teilweise sind sie noch in Bearbeitung.»* Mehr könne er aufgrund des Steuergeheimnisses nicht sagen. Ebenfalls hängig sind die Verfahren der eidgenössischen Steuerverwaltung, wie deren Informationsbeauftragter Lukas M. Schneider bestätigt: *«In der Tat hat die Hauptabteilung Mehrwertsteuer im Herbst 2002 eine Kontrolle bei der Firma vor Ort gemacht. Steuerjustiz- und Verwaltungsstrafverfahren sind zurzeit noch hängig. Aus nachvollziehbaren Gründen können wir hierzu keine Details bekannt geben. Die Behörden von Bund und Kanton stehen jedoch miteinander in Kontakt.»*

Bayard schwebt immer noch in den Wolken

Paul-Bernhard Bayard, welcher noch immer das Betreibungsamt Brig leitet, streitet bekanntlich ab, von den Schwarzgeldkonten gewusst zu haben. Dies hat er gegenüber Staatsrat Jean-René Fournier schriftlich festgehalten. Es ist also davon auszugehen, dass Bayard seine Haltung auch vor dem Untersuchungsrichter nicht geändert hat und weiterhin jede Mitwisserschaft verneint. Wie die *Rote Anneliese* bereits im Mai 2002 berichtete, sind die angefragten Mitarbeiter der ehemaligen Möbel Gertschen AG anderer Meinung. *«Bayard lügt!»*, so lautete der Tenor. Und diese Aussagen haben die befragten Mitarbeiter auch vor dem Untersuchungsrichter gemacht. Die Lawine gegen Bayard rollt und auch Staatsrat Jean-René Fournier und die CVPO müssen sich Gedanken machen, ob sie das einflussreiche Parteimitglied fallen lassen. Ein CVP-Insider gegenüber der *Roten Anneliese: «Es ist ein Skandal, dass Bayard immer noch im Amt ist. In jedem anderen Kanton wäre er suspendiert worden.»*

Falsche WB-Information

Steckt Bayard dahinter?

(ktm) Am 9. Januar 2003 setzte der WB unter dem Titel *«Untersuchung geht weiter»* eine Falschmeldung in die Welt: *«Dem Vernehmen nach sind die Befragungen durch das Untersuchungsrichteramt nun abgeschlossen. Zurzeit läuft das Beweisergänzungsverfahren»,* heisst es in einer kurzen WB-Meldung. Vom zuständigen Untersuchungsrichter Jean-Pierre Greter stammt diese Information jedenfalls nicht. Dazu Greter: *«Die Darstellung im Walliser Boten ist falsch.»* Die Schlussbefragungen waren am 9. Januar noch lange nicht abgeschlossen und erst auf Ende Januar und Anfang Februar terminiert. Erst nach Abschluss der Befragungen wird die Anschuldigung verfasst und schliesslich das Beweisergänzungsverfahren eingeleitet.

Des Rätsels Lösung

Woher hat also der WB diese Information *«vernommen»*? Neben dem Untersuchungsrichter wissen höchstens die vom Untersuchungsrichter Befragten über den Stand des Verfahrens Bescheid oder glauben es zu wissen. Welcher Informationsquelle ist der WB also auf den Leim gegangen? Des Rätsels Lösung: Zwei Tage vor der genannten Falschinformation stand im WB ein ganzseitiger Artikel über die Betreibungen und Konkurse im Oberwallis. Einer der Kontaktierten hiess Paul-Bernhard Bayard!

Gelbe Wirtschaftsförderung: Ein Fass ohne Boden!

- **848 000 Franken Subventionen vom Kanton**
- **Betreibungen von einer Million Franken**
- **Rund 50 Arbeitsplätze sind akut bedroht**

Paul Inderkummen steht das Wasser bis zum Hals

SUSTEN – **Die Bauunternehmungen «Arnold AG» und «Ilfa Rekies AG» des ehemaligen CSPO-Präsidenten und Leuker Vize-Präfekten Paul Inderkummen werden von rund 50 Gläubigern für eine Gesamtsumme von über einer Million Franken betrieben. Pikant: Auf der Betreibungsliste steht als Gläubiger auch das Finanzdepartement von Wilhelm Schnyder, dessen Reisläufer Roberto Schmidt 848 000 Franken aus dem Topf der Wirtschaftsförderung für die maroden Baufirmen eingefädelt hat. Für ein Fass ohne Boden!**

CSPO-Seilschaft Inderkummen, Schmidt und Schnyder: Erklärungsnotstand!

VON CYRILL PINTO UND KURT MARTI

«Im Jahr 2002 freuen wir uns auf weitere gemeinsame Aktivitäten», schreibt Paul Inderkummen im Dezember 2001 an die Wirtschaftskommission der Gemeinde Leuk, in der CSPO-Gemeinderat Roberto Schmidt die Fäden zieht, seines Zeichens ebenfalls CSPO-Sekretär und Adjunkt im Finanzdepartement Wilhelm Schnyders. Paul Inderkummen schreibt im Vorweihnachtsbrief, dass die Arnold AG im Jahr 2001 die Zahl der Arbeitsplätze von 29 auf 46 erhöht habe, also um ganze 60 Prozent! Für seine anscheinend blühenden Firmen erhält Inderkummen innert zehn Jahren 848 000 Franken von der kantonalen Wirtschaftsförderung. Die Fäden liefen über CSPO-Sekretär Roberto Schmidt (siehe letzte RA). Ein einziger Blick ins lange Betreibungsregister der Firma Arnold AG (siehe Kopie) und der Ilfa Rekies AG zeigt, dass Inderkummen gar keinen Grund zur Freude hat, denn die beiden Firmen sitzen auf einer Zeitbombe: Vier Dutzend Gläubiger fordern eine Gesamtsumme von über einer Million Franken.

Selbst CSPO-Parteikollegen gehen Inderkummen an den Kragen

Allein die Betreibungen gegen die Arnold AG belaufen sich auf rund 900 000 Franken. Mehrere Gläubiger haben bereits den Konkurs angedroht, so zum Beispiel die Pensionskasse des Hoch- und Tiefbaugewerbes, bei der Inderkummen mit rund 23 000 Franken in der Kreide steht. Weitere Konkursandrohungen stammen von der Beruflichen Krankenversicherung (8 981 Franken) und von der Visper Baufirma Pius Schmid (131 000 Franken). Den Betreibungs-Reigen eröffnet hat der Ergischer CSPO-Gemeindepräsident Gerhard Eggs. Die Gesamtforderung des ehemaligen Mitarbeiters der Arnold AG beläuft sich auf 123 000 Franken. Weitere Firmen betreiben die Arnold AG in der Höhe von mehreren hunderttausend Franken: Gifas Electric, Rheinfelden; Val-Job, Sion; Strahm Schweisstechnik, Muttenz; Zementwaren AG, Salgesch; Frutiger AG, Thun; Hilti AG, Adliswil; Bringhen AG, Visp; Meteo Minerals, Buchrain; Ruppen Bau- & Transport AG, Stalden; Valbois SA, Conthey; Walmon AG, Visp; Hand Baumaschinen AG, Thörishaus; Dreieck Equipment Leasing, Lausanne; Moix & Zorzi SA, Sion; Garage Kaspar SA, Sion; Spanset AG, Oetwil.

Auch Schnyders Finanzdepartement betreibt den gelben Vize-Präfekten

Laut Betreibungsliste wird die Arnold AG auch vom Finanzdepartement für rund 70 000 Franken unbezahlte Steuern betrieben. Die ausstehenden Mehrwertsteuern bei der Eidgenossenschaft betragen rund 150 000 Franken. Hinzu kommen 2 700 Franken direkte Bundessteuer, für die Inderkummen vom Kanton betrieben wird. Die erste Betreibung aus Schnyders Finanzdepartement stammt bereits vom 1. März 2002, die neuste vom 20. November 2002. Die Zahlungsschwierigkeiten der Firma beziehen sich also auf die Vorjahre, insbesondere auf das Jahr 2001, als der Kanton die grosszügigen Wirtschaftsförderungsgelder für die Inderkummens Firmen bewilligt hat. Ebenfalls schwer unter Druck der Gläubiger ist die zweite Firma Inderkummens, die Ilfa Rekies AG. Sie wird für eine Summe von 270 000 Franken betrieben. Dabei handelt es sich vor allem um Schulden bei den eidgenössischen Steuerbehörden sowie den Sozialversicherungen.

AHV-Beiträge nicht einbezahlt und trotzdem öffentliche Aufträge

Die Arnold AG wird von der Ausgleichskasse für rund 38 000 Franken, von der Pensionskasse für rund 23 000 Franken, von der Beruflichen Krankenversicherung für rund 27 000 Franken und von der Versicherungs-Koordination für 16 000 Franken betrieben. Gemäss Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen werden Firmen, welche die Sozialbeiträge nicht bezahlen, aus den ständigen Listen des Kantons gestrichen und sind folglich nicht mehr berechtigt, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Laut Marcel Schwestermann von der zuständigen Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse, ist die Firma Arnold AG immer noch *«in den ständigen Listen der Hoch- und Tiefbauunternehmungen eingetragen. Die Verlängerung der Eintragung erfolgte am 17. März 2002 und ist gültig bis am 16. März 2005.»* Höchste Zeit für eine Anpassung!

Heisse Fragen an die Seilschaft Inderkummen-Schmidt-Schnyder:

Inderkummens Pleitefirmen werfen vor allem im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung brisante Fragen auf:

1. Wurden die Gelder der Wirtschaftsförderung in Kenntnis der prekären Lage der Arnold AG beziehungsweise der Ilfa Rekies AG gesprochen?
2. Wieso wurden die Gelder der Wirtschaftsförderung nicht an ein Sanierungsprogramm für die maroden Firmen gekoppelt?
3. Wollte die gelbe Seilschaft Inderkummen-Schmidt-Schnyder mit den öffentlichen Geldern die marode Firma vor dem Konkurs retten oder bloss den Konkurs zeitlich hinausschieben?
4. Wieso wurde die finanzielle Lage der Arnold AG nicht vorher abgeklärt. Das Finanzdepartement hatte einschlägige Informationen auf Grund der ausstehenden Steuerbeträge und Roberto Schmidt arbeitet dort als Schnyders Adjunkt.
5. Wieso wurde insbesondere nicht konkret abgeklärt, ob Inderkummen die behaupteten 17 Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen hat?
6. Wie konnte die Zahl der Arbeitsplätze um angeblich 17 Arbeitsplätze (+60%) anwachsen, während gleichzeitig die kantonalen und eidgenössischen Steuern sowie die Sozialabgaben nicht mehr bezahlt werden konnten?
7. Wenn die Firmen Arnold AG und Ilfa Rekies AG Konkurs gehen, was geschieht mit den rund 50 Arbeitsplätzen?

Arnold AG, Bauunternehmung
z.H. Inderkummen Paul,VR-Präs., 3952 Susten

B-Nr.	Eingang	Gläubiger	Forderung	Erledigt	Art	Bemerk./Stand
32894	30.05.01	Eggs Gerhard Ergisch	23199.00			Rechtsvorschlag
36466	01.03.02	Staat Wallis, Finanz und Volkswirtschaft Sitten	39641.25			Pfändung/V
37276	06.05.02	Staat Wallis Sitten	4270.05			Rechtsvorschlag
37947	17.06.02	Schweizerische Eidgenossenschaft	46025.75			Pfändung/V
38182	02.07.02	Eggs Gerhard Ergisch	100000.00			Rechtsvorschlag
38223	08.07.02	Schmid Pius AG und Stebag AG Visp	50000.00			Rechtsvorschlag
38472	05.08.02	Gifas Electric GmbH Rheineck	700.30			
38475	05.08.02	Schmid Pius AG und Stebag AG Visp	81731.75			Konkursandrohung
38934	04.09.02	Schweizerische Eidgenossenschaft	102637.85			Pfändung/V
39342	04.10.02	Val-Job Revaz Pierre-Alain Sion	5576.90			Rechtsvorschlag
39394	11.10.02	Strahm Schweisstechnik Muttenz	3573.55			Rechtsvorschlag
39443	17.10.02	Zementwaren AG Salgesch	115649.25			Rechtsvorschlag
39487	18.10.02	Frutiger AG, Bauunternehmung Thun	3997.40			Rechtsvorschlag
39814	07.11.02	Ausgleichskasse Schweiz. Baumeisterverband Zürich	18086.40			Pfändung/V
39820	07.11.02	Pensionskasse des Hoch- und Tiefbaugewerbes PK. Sitten	15200.00			Konkursandrohung
39828	11.11.02	Hilti (Schweiz) AG Adliswil	3703.85			Rechtsvorschlag
39853	13.11.02	Pensionskasse des Hoch- und Tiefbaugewerbes PK. Sitten	3660.35			Konkursandrohung
39909	15.11.02	Bringhen AG Visp	5850.05			Rechtsvorschlag
40045	19.11.02	Metso Minerals (Schweiz AG) Buchrain	20319.50			Rechtsvorschlag
40058	20.11.02	Staat Wallis, Finanz und Volkswirtschaft Sitten	2180.75			Rechtsvorschlag
40059	20.11.02	Staat Wallis, Finanz und Volkswirtschaft Sitten	23637.20			Rechtsvorschlag
40089	20.11.02	Berufliche Krankenversicherung des Hoch- und T. Sitten	8981.15			Konkursandrohung
40124	21.11.02	Ruppen Bau- & Transport AG Stalden	4710.85			Rechtsvorschlag
40126	21.11.02	Valbois SA Conthey	1381.65			Rechtsvorschlag
40152	25.11.02	Walmon AG, Baltschieder Walliser Montage AG Visp	5664.50			Rechtsvorschlag
40175	26.11.02	Hand Baumaschinen AG Thörishaus	3466.80			Rechtsvorschlag
40313	02.12.02	Dreieck Equipment Leasing AG c/o Dreieck , Lausanne 30	21045.60			Rechtsvorschlag
40314	02.12.02	Dreieck Leasing SA World Trade Center Lausanne 30	22884.15			Rechtsvorschlag
40315	02.12.02	Dreieck Leasing SA World Trade Center Lausanne 30	4473.30			Rechtsvorschlag

Die Gläubiger der Arnold AG: *Teilauszug aus dem Betreibungsregister.*

Strafanzeige eingereicht

Ermittlungsverfahren

(ktm) Laut Recherchen der *Roten Anneliese* befasst sich inzwischen auch der Untersuchungrichter mit den Wirtschaftsförderungsgeldern, welche der Kanton für die Firmen von Paul Inderkummen bewilligt hat. Es geht dabei um die Frage, ob Inderkummen die erforderlichen Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen hat oder ob er ungerechtfertigterweise in den Genuss der Wirtschaftsförderung gekommen ist. Untersuchungsrichter Bernhard Tenud bestätigt gegenüber der *Roten Anneliese: «Ja, in diesem Zusammenhang ist beim Untersuchungsrichteramt Oberwallis eine Strafanzeige eingegangen, welche wir ohne weitere Prüfung ans kantonale Untersuchungsrichteramt weitergeleitet haben. Dieses ist zuständig für solche wirtschaftlichen Vorgänge.»* Diese Erklärung Tenuds bestätigt auch der kantonale Untersuchungsrichter für das deutschsprachige Wallis, Jean-Pierre Greter, und er ergänzt: *«Ich habe in dieser Sache ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.»*

Roberto Schmidt vernebelt

GPK untersucht den Fall

(ktm) Nach Erscheinen des Artikels in der letzten Roten Anneliese hat die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates eine Subkommission eingesetzt, welche den Fall Paul Inderkummen näher untersucht. Das Deckblatt der Kommissions-Unterlagen zeigt den Artikel aus der *Roten Anneliese.* Konkret geht es um die Frage, ob Inderkummens Firmen die Wirtschaftsförderungsgelder in der Höhe von 848 000 Franken zu Recht erhalten hat oder nicht. Der GPK-Bericht soll für die Märzsession vorliegen.

In einer von CSP-Gemeinderat Roberto Schmidt verfassten Stellungnahme an die GPK, behauptet dieser, die Gemeinde Leuk habe in ihrem Beschluss *«nicht ausdrücklich die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen verlangt»*, und versucht damit die Sache zu vernebeln. Die Dokumente, welche der *Roten Anneliese* vorliegen, sprechen eine andere Sprache. In einem Gesuch der Gemeinde Leuk an die Dienststelle für Wirtschaftsförderung vom 3. Juli 2001 sind die Bedingungen für die Auszahlung von Geldern des Kantons an die Gemeinde Leuk klar festgehalten: Wörtlich heisst es darin: *«Die Gemeinde Leuk hat beschlossen, die Ansiedlung von Arbeitsplätzen durch gezielte finanzielle Anreize zu fördern und den Baurechtszins um 10% pro Arbeistplatz zu ermässigen.»* Darunter ist eine Tabelle aufgeführt, wo genau ersichtlich ist, wieviel der Kanton pro geschaffenen Arbeitsplatz bezahlt: Ein neuer Arbeitsplatz entspricht rund 8500 Franken pro Jahr, zehn Arbeitsplätze entsprechen 84 800 Franken pro Jahr. Über einen Zeitraum von 10 Jahren ergibt das 848 000 Franken, welche zum Erlass der Baurechtszinsen für ein Grundstück der Gemeinde verwendet werden. Aber auch Paul Inderkummen selbst weist Schmidts Behauptungen ins Märchenland der unbegründeten Behauptungen. In einem Brief an die Gemeinde Leuk schreibt Inderkummen: *«Damit haben wir im Vergleich zum Jahre 2000 nicht weniger als 16 neue Arbeitsplätze geschaffen. Somit haben wir die vertraglichen Bedingungen der Gemeinde Leuk für den Erlass der Baurechtszinsen erfüllt.»*

Die Zwangsausweisung der Familie Taugwalder durch die Kantonspolizei

Protokoll einer bühnenreifen Köpenickiade

ZERMATT **– Die Kantonspolizei zwang am 11. Dezember 2002 den Zermatter Geschäftsmann German Taugwalder und seine Frau Agathe unter seltsamen Umständen aus ihrem ehemaligen Heim. Die UBS erteilte die Befehle, die Kantons- und Gemeindepolizei, der Friedensrichter und der Konkursbeamte gehorchten willig. Die *Rote Anneliese* führte das Protokoll einer Zwangsausweisung, welche eher einem amtlich bewilligten Überfall gleicht.**

VON KURT MARTI

«Ein als Hauptmann verkleideter Mensch führte gestern eine von Tegel kommende Abteilung Soldaten nach dem Köpenicker Rathaus, liess den Bürgermeister verhaften, beraubte die Gemeindekasse und fuhr in einer Droschke davon.»

Diese kurze Meldung stand am 17. Oktober 1906 in der Berliner Zeitung. Carl Zuckmayer formte daraus den Stoff für sein erfolgreichstes Bühnenstück *«Der Hauptmann von Köpenick»,* das im Jahre 1931 zur Uraufführung in Berlin kam. Eine weitere Aufführung fand am 11. Dezember 2002 in Zermatt statt. Die Mitwirkenden: Der UBS-Recovery-Mann Daniel Pignat, das UBS-Anwaltbüro Dr. Richard Steiner, der Chef der Kapo Zermatt Egon Heynen, drei Kantons- und Gemeindepolizisten, der Friedensrichter Othmar Kronig, der Betreibungsbeamte Klemenz Lengen, der Zylinderbohrer vom Schlüsseldienst Aufdenblatten & Co., der Vorsteher des Waisenamtes Walter Willisch, der Geschäftsmann German Taugwalder, seine Frau Agathe sowie mehrere Personen in kleineren Nebenrollen.

Der Friedensrichter tanzt für die UBS

Am 2. und 3. Dezember 2002 telefoniert UBS-Anwalt Daniel Bellwald (Anwaltsbüro Richard Steiner, Brig) mit Egon Heynen, dem Postenchef der Kapo Zermatt. Es geht um das geheime Drehbuch zur Zwangsausweisung von German Taugwalder. Ebenfalls am 2. Dezember 2002 begibt sich Friedensrichter Othmar Kronig zum Haus von Taugwalder, um diesem ein paar Fragen zu stellen, welche ihm UBS-Anwalt Bellwald in einem Brief vom 27. November vordiktiert hat. Die Türen sind geschlossen, Kronig läutet, aber niemand öffnet. Per Telefon teilt Kronig Taugwalder mit, dass er sich strafbar mache, wenn er das Haus nicht sofort räume. Taugwalder erachtet den Friedensrichter in dieser Sache nicht für zuständig, weil es um den Vollzug einer gerichtlichen Verfügung geht (siehe Kasten: Was bisher geschah). Demzufolge verweigert Taugwalder jede Auskunft. Pflichtbewusst schreibt Kronig dem UBS-Anwalt Bellwald unverzüglich einen Bericht. Zwar habe er *«auf Wunsch von Herr Daniel Bellwald»* bei Taugwalder interveniert, aber *«wir bedauern, Ihnen keinen bessern Bericht zu geben.»*

German Taugwalder im Hotelzimmer: *Sozialamt muss zahlen*

Kantonspolizei Zermatt: *«Verhaftung» ohne Haftbefehl*

Was bisher geschah

- **1994:** UBS wirft Taugwalder die Kredite nach
- **1998:** UBS will Geld oder Zwangsversteigerung
- **2001:** UBS ersteigert Taugwalders Haus zum Spottpreis
- Keiner der 30 Interessenten bietet mit
- **2002:** UBS leitet den Konkurs gegen Taugwalder ein
- Taugwalder will das Haus nicht freiwillig verlassen
- Bezirksrichter Beat Weissen verfügt die Ausweisung

UBS-Anwälte geben geheimen Tagesbefehl

Am 5. Dezember erhält Kapo-Chef Egon Heynen die genauen Regieanweisungen aus dem UBS-Anwaltbüro Steiner-Bellwald. Der Brief ist PERSÖNLICH/VERTRAULICH. Es soll offenbar ein Überraschungscoup gegen die Familie Taugwalder werden. Der Hauptmann von Köpenick lässt die Soldaten marschieren. Auf Kapo-Chef Heynen kann sich das UBS-Anwaltbüro auf jeden Fall verlassen. Die UBS-Anwälte geben den Termin und den Tarif durch. Treffpunkt: Bahnhofplatz Zermatt; Datum: 11. Dezember 2002; Zeit: 08.00 Uhr; aufgebotene Leute: Kapo-Chef Heynen, Konkursbeamter Lengen, Friedensrichter Kronig, Gemeinderat Walter Willisch. Laut Tages-Befehl der UBS-Anwälte *«kann die Polizei selbständig die Unterstützung eines Handwerkers in Anspruch nehmen.»* Im weiteren befehlen die Anwälte der Kapo, nach der Räumung der Liegenschaft sämtliche Schlösser der Zugangstüren auszuwechseln. Die Rechnung geht an die Anwaltskanzlei Dr. Richard Steiner.

Ein Fall für Datenschützer Dr. Norbert Lutz

Das Räumungskommando trifft am Mittwoch, den 11. Dezember um 8.40 Uhr vor Taugwalders Haus «Don Bosco» ein. Die UBS-Anwälte des Büros Dr. Richard Steiner lassen sich erstaunlicherweise an diesem Dezembermorgen nirgends blicken. Taugwalder und seine Frau befinden sich im Haus. Sie wissen immer noch nichts von der Räumungsaktion, obwohl der Termin jeder Zwangsvollstreckung den Betroffenen vorher schriftlich mitgeteilt werden muss. Stattdessen wissen Taugwalders Verwandte und weitere Kreise Bescheid über die Zwangsausweisung: Die Kapo hat Taugwalders Neffe J. T. und auch dessen Schwester A. M. telefonisch angefragt, ob sich Taugwalder und seine Frau im Haus befinden. Aber auch die Kommission Soziales und Gesundheit, die von Gemeinderat Walter Willisch geleitet wird und in der ironischerweise auch der neue Datenschützer des Kantons Dr. Norbert Lutz sitzt, ist bestens informiert. Kapo-Chef Bernard Geiger wollte auf Anfrage keine Stellung nehmen. Begründung: Der Datenschutz! Dieser gilt offenbar nur für die Betroffenen.

Der Überfall durch die Kantonspolizei

Das Kommando versucht mit Klingeln und per Telefon, Taugwalder zu erreichen. Vergeblich. Um 9.00 Uhr wird Benno Thalmann vom Schlüsseldienst der Firma Aufdenblatten & Co. aufgeboten. Das Schloss der Haustüre wird aufgebohrt. Jetzt hört German Taugwalder, der im Untergeschoss beschäftigt ist, Schritte im Treppenhaus und eine Stimme: *«Hat man Taugwalder nicht vorher informiert?»* Dann wird auch das Schloss der Wohnungstüre aufgebohrt. Frau Taugwalder ist sichtlich überrascht über den morgendlichen Besuch. Herr Taugwalder steigt die Treppe hoch und traut seinen Augen nicht. Das Kommando gibt den beiden zu verstehen, dass sie das Haus verlassen müssen und verweist auf eine sogenannte *«Verfügung»* und den Entscheid des Bezirksgerichtes. Taugwalder will die Verfügung sehen. Diese wird ihm verweigert. Darauf weigern sich Taugwalder und seine Frau das Haus zu verlassen.

Wie Taugwalder gegenüber der *Roten Anneliese* erklärt, droht die Kapo mit der Verhaftung und der Überführung ins Untersuchungsgefängnis in Brig. Taugwalder verlangt den Haftbefehl. Die Kapo erklärt, dafür brauche es keinen Haftbefehl, obwohl laut Strafprozessordnung eine Verhaftung ohne Haftbefehl nur möglich ist, wenn der Täter auf frischer Tag ertappt wird. Unter der Androhung von Handschellen und dass man sie notfalls aus dem Haus trage, willigen Herr und Frau Taugwalder ein. Sie werden auf den Polizeiposten gebracht. Verklausuliert heisst es dann im Kapo-Protokoll: *«Nach Bekanntgabe der möglichen Zwangsmassnahmen verliessen die Beiden die Wohnung freiwillig.»*

Vom Polizeiposten ins Hotel Rhodania

Laut Kapo-Protokoll ruft Taugwalder nun den Bezirksrichter Dr. Beat Weissen zu Hilfe und beklagt sich wegen der *«Verhaftung»* und verlangt die Herausgabe der von der Polizei genannten *«Verfügung».* Weissen, der für den Vollzug des Urteils des Bezirksgerichtes nicht mehr zuständig ist, empfiehlt in dieser Situation die Herausgabe des Briefes. Vier Stunden später, nach Rücksprache mit der UBS, gibt das Anwaltsbüro Dr. Richard Steiner den Brief frei.

Dann bringt die Kapo einen weiteren Verwandten der Familie Taugwalder ins Spiel. Pfarrer B. L., der Bruder von Frau Taugwalder, habe seine Wohnung in Zermatt zur Verfügung gestellt. Taugwalder lehnt ab, weil er grundsätzlich der Ansicht ist, dass es nicht Auftrag der Kantonspolizei sei, Verwandte zu kontaktieren. Zudem ist er der Ansicht, dass die Wohnung zu klein ist, weil auch Taugwalders Sohn am Wochenende zu Hause wohnt. Um 18.00 Uhr wird das Ehepaar Taugwalder *«im Hotel Rhodania einquartiert»,* wie es im Kapo-Protokoll heisst. Seither leben die beiden dort und das Sozialamt kommt für sie auf.

Kommentar:

UBS muss den Mehrwert zurückgeben!

Hat Taugwalder richtig gehandelt, als er die Wohnung seines Schwagers und Pfarrers B. L. ausschlug und nun auf Kosten des Sozialamtes leben muss? Ja, denn nur so ist das menschenverachtende Verhalten der UBS glasklar ersichtlich: Die UBS kann mit der günstigen Ersteigerung von Taugwalders Liegenschaft «Don Bosco» und dem viel teureren Verkauf Hunderttausende von Franken einstecken. Auf der anderen Seite muss für das kompromisslose Vorgehen der UBS die öffentliche Hand bezahlen.

Taugwalder ist ein Winkelried, der sich in die UBS-Speerspitzen wirft, für viele andere, denen die UBS zuerst den Geldhahn auf- und dann zudrehte. Viele KleinunternehmerInnen im Oberwallis haben den UBS-Experten vor Jahren vertraut und spüren nun das UBS-Messer am Hals. Die UBS trägt damit eine betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Verantwortung. Sie kann nicht die Gewinne einkassieren und die Verluste der öffentlichen Hand überlassen.

Deshalb fordert die *Rote Anneliese:* Der Mehrwert, den die UBS durch den Verkauf der Liegenschaft «Don Bosco» herausschlägt, gehört niemand anders als German und Agathe Taugwalder. Alles andere ist ein gesetzlich abgesicherter Diebstahl!

Walliser Chefbuchhalter handelte mit gefälschten Nazi-Wertpapieren

Bundesrat Josef Escher schützte den Millionen-Betrüger

BERN/SITTEN – **Frank Garbelys neues Buch *«Evitas Geheimnis: Die Europareise der Evita Perón»* ist ein Krimi. Das letzte Kapitel deckt eine der grössten Schweizer Betrugsaffären der Nachkriegszeit auf. Eine heisse Spur führt zum Millionenbetrüger Charles Métry, dem Chefbuchhalter des Kantons Wallis. Als dieser festgenommen wird, protestiert der spätere Bundesrat Josef Escher lauthals und der Zollfahnder André Sermoud wird suspendiert.**

VON KURT MARTI

23. April 1948 abends: Im Bahnhof Brig fährt der letzte Zug aus Domodossola ein. Auf dem Bahnhof stehen die Zollfahnder bereit. Sie sind nervös. Nichts darf schiefgehen. Sie warten auf einen hohen Gast: Charles Métry, der Chefbuchhalter des Kantons und gleichzeitg Ethik-Professor am Kollegium Sitten. Métry steigt aus dem Bahnwagen und wird auf der Stelle festgenommen. Die anschliessenden Verhöre dauern die ganze Nacht. Am nächsten Tag wird Métrys Büro-Tresor im Regierungsgebäude in Sitten und seine Wohnung systematisch durchsucht.

CVP schützt Millionenbetrüger Métry

Die Aktion ist ein voller Erfolg: Die Zollfahnder beschlagnahmen Papiere zum Goldschmuggel und kistenweise Wertpapiere und seltsame Namenslisten. Dann wird der mutmassliche Goldschmuggler Métry ins Lausanner Gefängnis Bois-Mermet überführt. Métrys Verhaftung schlägt im Wallis hohe Wellen. Métry ist ein wichtiges Mitglied der Katholisch-Konservativen Volkspartei, der heutigen CVP. Walliser Persönlichkeiten protestieren gegen die Verhaftung, allen voran der spätere Bundesrat Josef Escher, der damalige Präsident der CVP Schweiz und Vizepräsident des Nationalrates.

Unbeirrt führt Sermoud die Untersuchungen weiter und stösst auf einen der grössten Betrugs- und Vertuschungsaffären der Schweiz. Grosse Rätsel geben Sermoud vorerst die beschlagnahmten Wertpapiere und die Namenlisten aus dem Tresor von Métry auf. In seinen persönlichen Aufzeichnungen schreibt Sermoud: *«Instinktiv spürte ich, dass da etwas sehr faul war.»* Eine Reise nach Paris bringt mehr Klarheit. Die französischen Fahndungskollegen präsentieren Sermoud ein riesiges Geflecht eines Nazi-Schieberringes, der während dem 2. Weltkrieg gestohlene Aktien und Wertpapiere in die Schweiz schleuste. Damit verschafften sich die Nazis harte Devisen. Zudem liessen sich Schweizer Unternehmer für ihre Exporte nach Deutschland mit geraubten Wertpapieren bezahlen. Nach dem Weltkrieg waren diese Papiere wertlos und brachten die Besitzer in den Verdacht, mit den Nazi kollaboriert zu haben.

Riesengeschäft mit gefälschten Affidavits

Auf dem Nazi-Schiebernetz, das der Zollfahnder Sermoud bei den französischen Zollfahndern gesehen hatte, stand neben vielen anderen das renommierte Lausanner Anwaltsbüro Duboux, dessen Mitinhaber niemand anders als Alexandre Petitpierre, ein Halbbruder von Bundesrat Max Petitpierre war. Zurück in Lausanne verhört Sermoud sofort einen früheren Mitarbeiter des Treuhandbüros. Dieser macht brisante Aussagen: *«Petitpierre hat mich mit Wertpapieren zu Charles Métry geschickt. Métry sollte diese Titel später weiterverkaufen, nachdem er von einer Bank falsche Affidavits erhalten hatte.»* Aber was sind Affidavits? Zunächst versteht Sermoud überhaupt nichts mehr. Doch nach den Aussagen des Mitarbeiters geht ihm ein Licht auf.

Nach dem Weltkrieg war Frankreich bereit, die gestohlenen und in die Schweiz geschleusten Wertschriften zu einem reduzierten Preis zurückzukaufen, und zwar zu 20 oder 25 % des Nennwertes. Den vollen Preis für Wertpapiere bezahlt Frankreich nur, wenn der Besitzer nachweisen kann, dass diese nicht gestohlen sind. Um gestohlene und rechtmässige Wertschriften auseinanderzuhalten, stellte die Bankiervereinigung Kriterien für eine Art Leumundszeugnis für Wertschriften auf, sogenannte «Affidavits». Wertschriften mit einem Affidavit waren rechtmässig erworben und konnten zu 100 Prozent des Nennwertes verkauft werden. Zwei Bedingungen mussten Wertschriften erfüllen, um ein Affidavit zu erhalten: Erstens mussten sie vor oder zu Beginn des Weltkrieges bei einer Schweizerbank hinterlegt worden sein und zweitens musste der Besitzer nachweisen, dass er Schweizer war oder dass er seit Anfang des Krieges in der Schweiz Wohnsitz hatte. Sofort entwickelte sich ein Riesengeschäft mit gefälschten Affidavits.

Zollfahnder André Sermoud: ***Einer der grössten Betrugsaffären der Schweiz auf der Spur – und deshalb suspendiert.***

Spur führt über Lausanne nach Sitten

Plötzlich ist Sermoud alles klar: Petitpierre hatte massenweise wertlose Wertpapiere zusammengekauft. Mit der Namenliste von möglichen Besitzern reichte er diese Wertpapiere an den Walliser Chefbuchhalter Métry nach Sitten weiter. Dieser beschaffte sich bei Banken und Gemeinden falsche Bescheinigungen: Die Banken bestätigten, dass die von den Nazis gestohlenen Wertpapiere schon vor dem Weltkrieg bei ihnen deponiert waren und die Gemeinden bestätigten den Strohmännern auf der Namenliste, dass sie Schweizer waren oder schon seit Beginn des Krieges in der Schweiz Wohnsitz hatten. Damit erhöhte sich der Wert der Wertschriften mit einem Schlag um das Drei- bis Vierfache. Laut Aussagen, welche Petitpierre gegenüber seinem Mitarbeiter machte, hat der Gewinn von Métry über 800 000 Franken betragen.

Sermoud wird suspendiert und strafversetzt

Doch dann wendet sich das Blatt gegen den Zollfahnder Sermoud. Ihm werden unerlaubte Fahndungsmethoden, Verletzung des Amtsgeheimnisses und Erstellung falscher Dokumente vorgeworfen. Die Oberzolldirektion suspendierte ihn vom Dienst und degradierte ihn zum einfachen Zollbeamten. Die Ermittlungen im Fall Duboux-Petitpierre-Métry übernimmt die Bundesanwaltschaft. 1950 verurteilt das Bundesgericht Charles Métry zu drei Jahren und Alexandre Petitpierre zu 18 Monaten Gefängnis. Die kommunistische Partei *«Parti du travail»* attackiert den Bundesrat und Aussenminister Max Petitpierre. Sie bringt die Affäre Duboux-Petitpierre-Métry in Verbindung mit den Verträgen, die Bundesrat Petitpierre mit Frankreich abgeschlossen hatte. Darin wurde der Zeitpunkt und die Bedingungen für den Rückkauf der in der Schweiz liegenden Wertschriften durch Frankreich festgelegt. Laut der *«Parti du travail»* war Alexandre Petitpierre durch seinen Halbbruder und Bundesrat Max Petitpierre bestens informiert und konnte so frühzeitig wertlose Papiere aufkaufen.

Nur die Spitze des Eisberges

Die Schweiz war damals schwer in Bedrängnis durch die Allierten, welche ihr vorwarfen, sich am Krieg bereichert zu haben. Das Washingtoner Abkommen stand vor der Türe, wo ausgehandelt werden sollte, wie viel die Schweiz den Allierten zurückzuzahlen hatte.

Die Affäre Duboux-Petitpierre-Métry war nur die Spitze des Eisberges und die Schweiz musste befürchten, dass dadurch die gesamte Dimension der Affäre international bekannt würde. Dadurch wären die geforderten Rückzahlungen der Schweiz an die Allierten massiv in die Höhe geklettert. Deshalb ging Bundesrat Petitpierre in die Offensive und besänftigte Frankreich mit einem vorteilhaften Kredit von 250 Millionen Franken zum Rückkauf der Wertpapiere.

Auch auf der juristischen Ebene wurde die Affäre unterdrückt, indem zu neugierige Zollfahnder wie André Sermoud suspendiert wurden. Obwohl auch in anderen Kantonen der Handel mit den gefälschten Wertpapieren blühte, kam es zu keinen Anklagen, geschweige denn zu Verurteilungen. Métry blieb der einzige Verurteilte. Sermoud starb 1999 in einem Altersheim in Genf. Er hatte konsequent für die Wahrheit gekämpft und wurde das Opfer einer kriminellen Schweizer Aussenpolitik.

Das Auto der Goldschmuggler bei Vallorbe: *Im Auftrag des Chefbuchhalters Charles Métry*

Frank Garbelys neues Buch

Massive Kritik an Bergier-Kommission

(ktm) Im Jahre 1947 unternimmt Eva Maria Duarte de Perón eine glanzvolle Europareise, unter anderem auch in die Schweiz. Die Presse feiert Evita. Sie tanzt mit den Bundesräten Max Petitpierre und Philipp Etter. Doch das Ziel ihrer Reise ist ein ganz anderes: Mit Hilfe von Schweizer Behörden installieren argentinische Diplomaten und Nazis eine Fluchthilfezentrale für Nazi-Vermögen und Nazi-Kriegsverbrecher in Bern. Der Bundesrat wusste Bescheid. Argentinen wurde zum wichtigsten Fluchtort für Naziverbrecher wie Josef Mengele, Klaus Barbi und Adolf Eichmann. Der Journalist Frank Garbely beleuchtet in seinem Buch *«Evitas Geheimnis: Die Europareise der Evita Perón»* historisch genau die Beziehungen der damaligen Schweiz mit dem argentinischen Präsidenten Juan Perón, dem *«Mussolini der Pampas»*. Auch die Spuren der Urheber des Anschlages von 1994 auf das jüdische Zentrum AMIA in Buenos Aires führen über iranische Terroristen in die Schweiz, zum Nazi-Bankier François Genoud in Lausanne.

Bisherige Historiker-Studien weitgehend unbrauchbar

Auf seinen Recherchen zu Evitas Schweizer Reise stiess Garbely auf eine der grössten Betrugs- und Vertuschungsaffären der Schweiz. Davon handelt das vierte und letzte Kapitel seines Buches, das die Geschichte des Financiers Michel Olian, einem Exil-Russen, erzählt. Garbely bezeichnet Olian als einer der grössten Devisenschmuggler und Geldwäscher der Nazis. Über die Olian-Spur zieht Garbely auch eine Verbindung zum Walliser Charles Métry. Métry ist Chefbuchhalter des Kantons, Ethikprofessor am Kollegium Sitten und Millionenbetrüger zugleich (siehe Artikel). In den Berichten der Bergier-Kommission ist das brisante Olian-Dossier auf eine Fussnote reduziert, weil deren historische Untersuchungen sich bloss auf schriftliche Dokumente der Banken abstützen. Doch die Nazi-Geschäfte der Banken sind häufig nicht dokumentiert und deshalb zeichnen die Bankunterlagen ein falsches Bild. Garbely folgert im Vorwort: *«Das Olian-Dossier stellt bisherige Darstellungen der Rolle des Finanzplatzes Schweiz in Frage. In der Tat, Einschätzungen historischer Studien über das Ausmass der in der Schweiz oder von Schweizern verwalteten und gewaschenen Nazi-Gelder scheinen weitgehend unbrauchbar.»*

Das Buch erscheint demnächst im Rotpunktverlag

Zwei Liberale, zwei Bücher, zwei Welten

Dahrendorfs Lektion für Couchepin

Drei Unterschiede:

Globalisierung und Demokratie

Couchepin streicht die grossen Vorteile der wirtschaftlichen Globalisierung heraus, *«denn alle, die weltweit wirklich am Prozess der Globalisierung partizipiert haben, profitieren davon.»* Kein Wort darüber, dass die wirtschaftliche Globalisierung weitgehend unter Ausschluss der demokratischen Kontrolle funktioniert. Couchepin glaubt nicht an die Politik, sondern an die Wirtschaft.

Dahrendorf sieht in der Globalisierung eine grosse Kluft zwischen Volk und Macht. Entscheidungen werden von internationalen Organisationen (Weltbank, IWF, NATO, G8) und von multinationalen Unternehmen getroffen, welche keine demokratische Legitimation haben. Er nennt drei Prinzipien der Demokratie, die auch auf internationaler Ebene Geltung haben: 1. Veränderungen sollten gewaltlos möglich bleiben; 2. Die Mächtigen müssen kontrolliert werden; 3. Das Volk soll eine gewichtige Stimme haben.

Demonstrationen und Macht

Couchepin hält wenig von den KritikerInnen der Globalisierung und noch weniger, von denen, die dafür auf der Strasse demonstrieren, den NGO. Auf die Frage, wieso es diese Opposition gegen die wirtschaftliche Globalisierung gäbe, antwortet Couchepin arrogant: *«Ich glaube, dass die breite Bevölkerung die Fakten nicht kennt.»* Er sieht in diesen Bewegungen sogar eine Gefahr, weil sie *«die Massnahmen des Internationalen Währungsfonds lähmen oder die WTO blockieren möchten.»*

Dahrendorf bezeichnet die NGO als VermittlerInnen im Prozess der Demokratisierung der heutigen Weltwirtschaftsordnung: *«Demonstrationen, Kundgebungen, die aktive Ausübung des Rechts auf Kritik, wie es von Nichtregierungsorganisationen propagiert wird, rufen in Erinnerung, wie gross in unserer demokratischen Welt die Kluft zwischen Volk und Macht ist. Solange wir keine andere Möglichkeit gefunden haben, diese Kluft zu überwinden, sind diese Kundgebungen ein gutes Zeichen.»*

Spielraum für nationale Regierungen

Couchepin fragt sich, was denn die Alternative zum Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung sein könnte und kommt zum stupiden Schluss: *«Die Alternative bestünde darin, sich vom globalen Wachstum abzukoppeln und zu versuchen, eine stärkere Identität zu finden.»* Couchepin ist gefangen vom neoliberalen Modell. Er denkt in der Logik des Entweder-Oder und sieht folglich keinen Spielraum für Alternativen.

Dahrendorf ist der Ansicht, *«dass viele Entscheidungen, die für den Einzelnen von grosser Bedeutung sind, nach wie vor in den Nationalstaaten getroffen werden.»* Er verweist auf den grossen Spielraum, den die nationalen Regierungen im Bereich der Sozialpolitik haben und folgert: *«Globalisierung bedeutet keineswegs, dass jedes Land, das nicht dem amerikanischen Vorbild folgt, dazu verurteilt ist, in der neuen Welt den Anschluss zu verlieren.»*

BERN/WALLIS **– Im letzten Jahr kamen zwei Bücher zweier liberaler Politiker und Denker auf den Markt. Beide in Interviewform, beide zu aktuellen Fragen der Globalisierung und der Demokratie. Das eine vom liberalen Staatstheoriker Ralf Dahrendorf, das andere von Bundespräsident Pascal Couchepin. Fazit: Dahrendorf erteilt Couchepin eine Lektion im politischen Liberalismus.**

VON KURT MARTI

«Ich glaube an die Politik» heisst das Buch von Pascal Couchepin, *«Die Krisen der Demokratie»* jenes von Ralf Dahrendorf, welcher als einer der wichtigsten liberalen Gesellschafts- und Staatstheoretiker gilt und im britischen Oberhaus sitzt. Während Couchepins Buch für den hartgesottenen Neo-Liberalismus plädiert, stehen Dahrendorfs Antworten in der Tradition des ursprünglichen, politischen Liberalismus. Dahrendorf, erteilt Couchepin drei happige Lektionen (siehe Kasten links). Zudem stellt Couchepin mehrere, sachlich unhaltbare Behauptungen in die Welt:

Couchepin:
«Die Bilanz bleibt positiv, gerade für die Schwächsten.»

Kommentar:
Zu den Schwächsten gehören zum Beispiel die Menschen in den Armenvierteln von Buenos Aires. Argentinien ist das Opfer einer neoliberalen Politik, welche durch Auslandverschuldung, Kapitalflucht und Abbau der öffentlichen Institutionen immer mehr Menschen in die Armut treibt.

Alle internationalen Studien, sogar jene der Weltbank, zeigen eindeutig, dass die Schere zwischen Arm und Reich international und national immer weiter auseinandergeht.

Couchepin:
«Man hat moralisch das Recht, das Bankgeheimnis zu verteidigen.»

Kommentar:
Die Menschen in den Armenvierteln von Buenos Aires sind die Opfer der neoliberalen Globalisierung. Ihnen fehlen die 120 Milliarden US-Dollar, welche die Reichsten in Argentinien ausser Land geschafft haben. Ein Teil davon liegt auf Schweizer Banken. Insgesamt liegen auf den Schweizer Banken rund 3000 Milliarden Fluchtgelder. Das entspricht dem achtfachen Bruttosozialprodukt der Schweiz. Das ist nicht moralisch, das ist ein Verbrechen.

Couchepin:
«Moratorien halte ich für einen Fehler.»

Kommentar:
Couchepin sagt im Buch an anderer Stelle genau das Gegenteil: *«Nachdenken wird zu einer Form des Luxus. Der Einzelne müsste öfter mit sich allein sein können, um durch Vertiefung des Innenlebens die Beschleunigung des technischen Fortschritts kompensieren zu können.»* Was gilt nun?

Peter Bodenmanns Vorwort

Fast legendäre Ignoranz

Sein Schwager und WB-Vize LuziusTheler schreibt «von einem inzwischen schon fast legendären Vorwort» Peter Bodenmanns für Couchepins Buch. Als Zeichen der Demokratie und des Fortschritts jagt Bodenmann die Fahne der «Jeune Suisse» über die Bühne des Festsaales, wo der frischgewählte Bundesrat Couchepin mit den Freisinnigen tafelt. Dann lässt Bodenmann das Hotel de Ville als kleines Elysée zu Ehren des FDP-Bundesrates aufleuchten. Und folgert in marxistisch-hegelianischem Jargon: «Lokale Geschichte prägt Sein und Bewusstsein ihrer Politiker.»

Solche Sätze dulden keinen Widerspruch! Dass Couchepin im Buch die wirtschaftliche Globalisierung hochjubelt und die demokratischen Gegenbewegungen zu Boden stampft statt das Demokratiedefizit zu bemängeln und nach Alternativen zu suchen, das ist sicher nicht das Verschulden des Hoteliers am Mexiko-River. Dass aber Bodenmann diesen neoliberalen Quatsch des FDP-Schwergewichtes mit der Fahne der Demokratie und des politischen Liberalismus zudeckt, zeugt von einer schon fast legendären Ignoranz!

«Spirit of Davos»

Der Geist aus der Flasche

DAVOS **– Zum 33. Mal rief Klaus Schwab seine Leader ans Jahrestreffen um den Geist von Davos aus seiner Flasche zu befreien. Der Zauberspruch hiess in diesem Jahr «Vertrauen bilden», denn auch der Visionär Schwab hat erkannt, dass sein bevorzugtes Wirtschaftsmodell Risse aufzeigt und in einer schwerwiegenden Krise steckt.**

VON URS VOLKEN

Der Buschauffeur der Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) möchte uns unbedingt eine Mehrfahrtenkarte für den Nachtbus der VBZ andrehen, wir hingegen wollen nur noch schlafen, vorausgesetzt wir finden unsere Unterkunft. Plattenstrasse 32, Macintoshcomputer hängen an der Wand, Puppen sind in einem Terrarium ausgestellt und das Bild eines klassischen Gartens trägt zur heimeligen Atmosphäre bei. Wir sind bei Dadas Enkeln gelandet. Dieser Name wurde ihnen verpasst, als sie im letzten Jahr das Cabaret Voltaire besetzten. Während der Nacht fällt ein Bild von der Wand, niemand wird verletzt.

Von Zürich nach Fideris

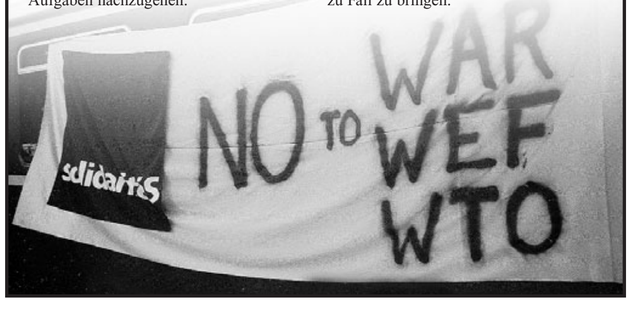
Wir sitzen im Zug von Zürich nach Landquart, ein Snowboard fällt von der Gepäckablage, niemand wird verletzt. Zugpassagiere rätseln darüber, ob denn da gerade der schwarze Block eingestiegen sei und denken an unzählige Rundschaureportagen. Wir halten in Landquart, ich stülpe mir meine Mafaldamaske über und steige aus. Zu zweit versuchen wir in den Delegationszug zu gelangen, behindert von unzähligen Journalisten, die schon wissen, was sie am Sonntag berichten werden. Jetzt geht es nur noch darum, den richtigen Zeitpunkt nicht zu verpassen. Der Shuttlezug fährt los, nach 20 Minuten verlangsamt er seine Fahrt, wir sind in Fideris. Das Kontrollgelände liegt noch im Schatten. Die Frau am Megaphon verlangt die freie Weiterreise nach Davos, niemand steigt aus. Genfer Robocops, Vertreter der Behörden, Beobachter und andere nicht zuzuordnende Leute scheinen ihren Aufgaben nachzugehen.

Auf nach Davos

Mittlerweile haben Gewerkschafter mit ihren Bussen die Zufahrt zur Kontrollzone blockiert, ihr energisches Pfeifen mag den dumpfen Lärm eines hoch über uns schwebenden Superpumas nicht zu übertönen. Plötzlich kommt Hektik auf. Den Leuten aus den Bussen ist es gelungen, die Strasse zu blockieren. Die Polizei kann sie nur noch am Vorstossen hindern. Auch ein Kompromiss scheint langsam fassbar: Die Gepäckkontrollen sollen nur im Zug durchgeführt werden. Jetzt sehe ich auch Hans Peter Michel, dem die undankbare Rolle als Vermittler zukommt. Zu den Kontrollen im Zug sagt er, dass die Polizisten Angst vor uns hätten. Dann geht alles sehr schnell. Wir steigen in den Zug, Michel versichert uns, dass auch die nachfolgenden Demonstranten im Zug kontrolliert würden. Wir sind uns sicher, dass einer gewaltigen Demonstration in Davos nichts mehr im Wege steht.

Mit Seifenblasen gegen Globalleaders

Keine F/A 18, keine Bomben und keine Milzbrandsporen sind auszumachen, trotzdem herrscht Aufregung auf dem Parsennparkplatz. Der zweite Zug ist nach Landquart zurückgefahren, da die Polizei plötzlich wieder auf die Schleuse beharrt. Es soll zu Ausschreitungen in Landquart gekommen sein, die Situation ist unübersichtlich und wir wissen nicht, wie es unseren Freunden in Landquart geht. Die Demonstration wird abgesagt, die Bewilligung wird den Behörden zurückgebracht. Wir ziehen am Kongresszentrum vorbei, das Soundsystem speit wummernde Bässe aus und ich versuche die Global Leaders mit Seifenblasen zu Fall zu bringen.



Angriffe auf die Wasserzinse

Atomlobby gegen Bergkantone

BERN/ZÜRICH **– Die Strom- und Atomlobby, der Wirtschaftsverband economiesuisse und jetzt auch das Bundesamt für Wasser und Geologie wollen die Wasserzinse reduzieren. Zudem läuft an der ETH eine Studie zur Flexibilisierung der Wasserzinse. Doch die Gebirgskantone machen gute Mine zum bösen Spiel und vertreten die Ansicht, der Druck auf die Wasserzinse sei kleiner geworden.**

VON KURT MARTI

«Zur Situation der Wasserkraftnutzung» heisst ein achtseitiges Strategiepapier aus dem Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG), datiert vom 1. Juli 2002. Doch der sachliche Titel täuscht über die wahre Stossrichtung des Papiers hinweg. Zunächst wird ein Druck auf die Wasserzinse konstatiert, mit dem ersten Seitenhieb auf den Kanton Graubünden, der pro Jahr allein 90 Millionen Franken von den Kraftwerkunternehmen bekomme. Die Wasserzinse haben laut BWG-Papier ein *«Ausmass erreicht, das die Bereitschaft für grosse und langfristige Investitionen spürbar verschlechtert.»*

Bundesamt im Fahrwasser der Stromlobby

Und schlussendlich kommt die unmissverständlich Forderung nach einer Senkung der Wasserzinse: *«Die finanzielle Belastung der Wasserkraft (z.B. Wasserzinse) hat auf das energiepolitisch geänderte Umfeld Rücksicht zu nehmen.»* Damit nicht genug! An die Adresse der Gemeinden und Kantone der Alpenregion geht die Aufforderung *«bei Neukonzessionierungen verkraftbare Bedingungen anzubieten. Von Auflagen und Bedingungen wie in der Vergangenheit ist in Zukunft Abstand zu nehmen.»* Pikantes Detail: Laut Insiderinformationen stammt das Wasserkraftpapier aus der Feder der Eidgenössische Wasserwirtschaftskommission, deren Präsident niemand anders ist als der Bündner Alt Regierungsrat Luzi Bärtsch. Mittlerweile ist Bärtsch Präsident des Bündner Stromunternehmens Rätia Energie, welches Ökostrom an Umweltbewusste verkauft und laut Geschäftsbericht die Atomstromproduktion sofort abstossen möchte.

Schuss von der ETH

Das Bundesamt für Energie (BFE) und das Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG) haben dem CEPE (Centre for Energy Policy und Economics) an der ETH Zürich den Auftrag erteilt, die *«Ausgestaltung der Wasserzinse zu überdenken.»* Die Begründung: *«Mit der Deregulierung des Strommarktes wird sich der Wettbewerbsdruck auf die Wasserkraftwerke verschärfen. Dies wird auch Folgen für die öffentliche Hand haben, welche nicht nur an den Einnahmen interessiert ist, sondern auch an einer langfristig wettbewerbsfähigen Wasserwirtschaft.»* Damit kommen das BFE, das BWG und das CEPE einer Forderung aus der Stromwirtschaft entgegen. Denn dieselben Forderungen stellte Jörg Aeberhard, Leiter Hydraulische Produktion der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel), in einem NZZ-Artikel auf. Und er sitzt selbstverständlich in der CEPE-Arbeitsgruppe.

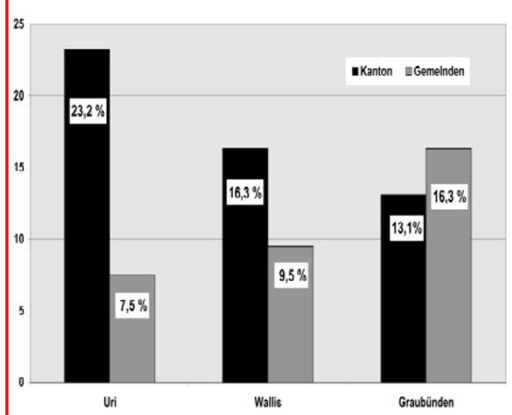
Studie unter Verschluss

Im August 2002 erschien in der NZZ ein Artikel von Thomas Schellenberg, Mitarbeiter der Beratungsfirma A.T. Kearney AG. Der Artikel basierte auf einer grossangelegten Studie im Auftrag der Stromproduzenten, das heisst der Strom- und Atomlobby. Die Studie kommt zum Schluss: *«Die Schweizer Wasserkraft wird dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn es gelingt, die Kostenvorteile der effizient betriebenen Anlagen nicht durch hohe Abgaben wieder zunichte zu machen.»* Die Studie wird hartnäckig unter Verschluss gehalten, wie Schellenberg auf Anfrage erklärte. Auch Moritz Steiner, Chef der Dientstelle für Energie des Kantons Wallis, bekam einen Korb: *«Das Beratungsbüro Kearney erklärte mir auf Anfrage, die Studie werde nicht ausgeliefert.»*

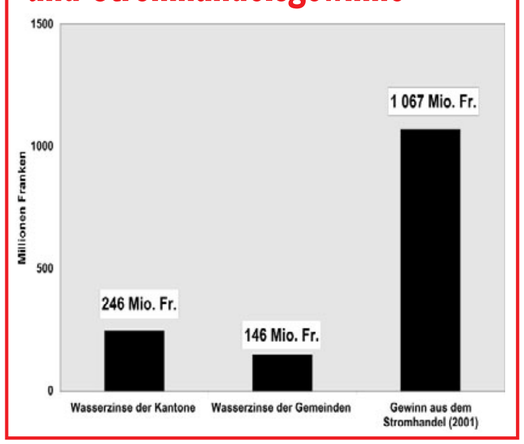
Abwarten und Teetrinken

Trotz dieser Angriffe auf die Wasserzinse gibt man sich in den Gebirgskantonen gelassen. Pankraz Freitag, Präsident der Regierungskonferenz der Gebirgskantone: *«Aktuell hat sich der Druck ein bisschen entschärft. Das hängt mit den steigenden Strompreisen zusammen. Sicher hat auch die Ablehnung des EMG dazu beigetragen.»* Auch Moritz Steiner, Chef der Dienststelle für Energie ist der Meinung: *«Der Druck auf die Wasserzinsen nimmt eher ab.»*

Anteil der Wasserzinse am gesamten Steuerbetrag



Vergleich: Wasserzinse und Stromhandelsgewinne



Makabrer Verdacht in Lax

Menschliche Skelett-Knochen auf der Abfallhalde?

LAX **– Laut Zeugenaussagen sollen auf einer Laxer Abfallhalde menschliche Skelettknochen vergraben sein. Der Gemeinderat hat das kantonale Umweltschutzamt eingeschaltet. In dessen Auftrag untersucht nun ein privates Geologiebüro den makabren Verdacht. Möglicherweise stammen die menschlichen Knochen von der Friedhoferweiterung von Brig.**

Die Heine-Schlucht bei Lax: *Auch Menschenknochen vergraben?*

VON KURT MARTI

«Laut Zeugenaussagen, welche beim Gemeinderat eingegangen sind, sollen vor Jahren auf der Abfallhalde in der Heine-Schlucht bei Lax menschliche Skelettknochen zum Vorschein gekommen sein. Zur Zeit ist die Deponie jedoch überwachsen und nichts ist zu sehen», erklärt der Laxer Gemeindepräsident Jean-Pierre Schnyder. Der Standort der Abfallhalde liegt am oberen Ende der Heine-Schlucht zwischen Lax und Fiesch. Weil dort auch eine Vielzahl von Abfällen vermutet wird, hat der Gemeinderat den Standort an die kantonale Dienststelle für Umwelt zur Aufnahme ins Altlastenkataster angemeldet.

Kanton beauftragt Geologie-Büro

«Ja, auch ich habe von diesem Gerücht gehört», erklärt Urs Andereggen von der Dienststelle für Umweltschutz (DUS). Zur Zeit sei die DUS daran, für den ganzen Kanton ein Altlastenkataster zu erstellen, wie dies von der Altlastenverordnung vorgeschrieben werde. Dabei habe auch die Gemeinde Lax zwei Standorte gemeldet, wovon ein Standort die Heine-Schlucht sei. Laut Andereggen hat die DUS dem Berner Geologiebüro Kellerhals + Haefeli AG den Auftrag erteilt, eine Erstbewertung des Standortes in der Heine-Schlucht vorzunehmen. Dabei werde auch der Frage nachgegangen, ob überhaupt menschliche Knochen auf der Abfallhalde vergraben sind und woher diese stammen könnten. Erhärte sich der Verdacht aufgrund dieser Abklärungen, würden in einer weiteren Phase mit dem Bagger Grabungen vorgenommen. Keine Angaben über den aktuellen Stand der Abklärungen wollte Kellerhals+Haefeli-Mitarbeiter Olivier Steiner machen.

Von der Friedhoferweiterung in Brig?

Falls der makabre Verdacht zutrifft, kann über die Herkunft der Menschenknochen zur Zeit nur spekuliert werden. Dazu Gemeindepräsident Schnyder: *«Möglicherweise stammen die menschlichen Knochen von der Friedhoferweiterung von Brig. Vor rund zehn Jahren wurde meines Wissens das Aushubmaterial auf die Deponie in der Heine-Schlucht geführt. Gesicherte Angaben werden die Geologen im Auftrag der kantonalen Dienststelle für Umweltschutz bringen.»*

Die Lügen der Atomlobby

Die SBB fahren nicht mit 40% Atomstrom, wie die Atomlobby in Ihren Inseraten behauptet (links). Der Strommix der SBB besteht zu 95,75% aus Wasserkraft.

Der Sonera-Skandal:

Soneras Manager hatten einen Traum…

HELSINKI – **Einst ein stolzes Staatsunternehmen Finnlands, seit Januar mit dem schwedischen Erzfeind Telia zwangsverheiratet. Dazwischen liegen knapp zwei Jahre, der Grössenwahn des Managements, eine Rekordverschuldung und eine firmenrettende Staatsspritze, die schlussendlich in Deutschland das Haushaltsloch stopfte. Ein Modellfall der Telekom-Liberalisierung?**

VON PATRICK ZEHNER

«The Igel has landed!» Anders Igel konnte am 1. Januar 2003 zufrieden sein. Als neuer CEO der TeliaSonera steht der Schwede der ersten grenzüberschreitenden Telekom Europas vor. Dies nachdem sich die beinahe bankrotte finnische Braut im letzten Frühling in die Arme der schwedischen Telia hatte retten können.

Vom Lachs zum Hai?

Das einst stolze Staatsunternehmen Sonera hatte sich in den letzten Jahren bös verspekuliert. Noch im Jahre 2000 etwa wollten die Finnen zu den Grössten im europäischen Mobile-Markt gehören.

Damals selber noch ein kleiner Fisch im Mobile-Teich und deshalb von der Übernahme durch grössere europäische Telekoms bedroht, fasste das Management einen grössenwahnsinnigen Plan: Der Kauf der britischen Orange, die Übernahme der deutschen E-Plus, das hätte die Finnen auf einen Schlag zu der drittgrössten Telekom der Welt gemacht. Doch dieser Brocken war finanziell zu gross, hatte die Sonera doch kurz zuvor wegen Geldmangels im UMTS-Wettlauf in Britannien die Segel streichen müssen.

Die Auslandexpansion war damit allerdings noch lange nicht abgehakt. Weitere UMTS-Lizenzen standen zur Versteigerung an. In Deutschland etwa schaufelte die Sonera zusammen mit der spanischen Telefonica Moviles je 4 Milliarden Euro in den deutschen Staatshaushalt. Ihr Konglomerat Quam (Werbespruch: *«wir haben einen traum»*) sollte den Deutschen die dritte Generation des Mobilfunks schmackhaft machen, als die zweite noch gar nicht erst eingeführt worden war. Auch in Spanien und Italien ergatterte Sonera UMTS-Lizenzen. Resultat Mitte 2001: Eine Verschuldung von knapp 5,9 Milliarden Euro.

Grössenwahn und UMTS: ***Die Sonera kostet die Finnen mindestens eine halbe Milliarde Euro.***

Zurück an die Staatseuter

Die Sonera hatte sich übernommen. Der Aufbau eines Netzes hätte überall zusätzlich sechs Milliarden Euro verbrannt. Im Oktober 2001 dann die strategische Notbremse: Sonera konzentriert sich auf den hoch profitablen Heimmarkt und stutzt alle internationalen Projekte zusammen. Keine Gelder mehr für UMTS, obwohl noch nirgends ein Netz existiert. Doch die Sonera ist noch nicht gerettet. Eine Staatsspritze von 500 Millionen Euro muss die einstmals stolze Staatsfirma vor dem totalen Zusammenbruch retten. Damit stopfen die finnischen Steuerzahler indirekt das Haushaltsloch 2000 in Deutschland.

Langfristig reicht auch dies nicht aus, um die Firma vor dem Kollaps zu bewahren. Ein potenter Partner muss her und ist schnell gefunden! Ausgerechnet der schwedische Erzfeind Telia nimmt die angezählte Braut mit Kusshand. Wer ist Schuld am ganzen Debakel? Die Opposition wirft der Regenbogenkoalition Untätigkeit vor, ein anonymes Buch im Internet (*«Where did Sonera's money go?»*) wirft dem sozialdemokratischen Premier Paavo Lipponen vor, die Sonera zum UMTS-Abenteuer gedrängt zu haben, die Regierung schiebt die Schuld auf Relander. Vorläufiges Ergebnis des *«Schwarzen Peter»*-Spiels: CEO Kaj-Erik Relander soll überall mächtig Druck gemacht haben. Einen Gewerkschafter, der sich kritisch zum UMTS-Abenteuer geäussert hatte, wollte Relander gar aus dem Supervisory Board werfen lassen…

Chaos, Bespitzelung, Verhaftungen

Szenen, wie sie nur die New Economy schreibt: Mitte November 2002 wird fast das gesamte ehemalige Top-Management der finnischen Telekom hinter schwedische Gardinen verfrachtet: Ex-CEO Kaj-Erik Relander, CEO-Vize Jari Jaakkola, Vizepräsident Henri Harmia und Juha Miettinen, Leiter der Sicherheitsabteilung. Ihnen wird vorgeworfen, im grossen Stil MitarbeiterInnen und JournalistInnen in Stasi-Manier ausspioniert zu haben. Offenbar wollten die Nadelstreifen das interne Leck ausfindig machen, welches der grossen Tageszeitung *Helsingin Sanomat* von Zeit zu Zeit die grössenwahnsinnigen Pläne, Meinungsverschiedenheiten und das Chaos in der Sonera steckte. Bereits im Sommer war Relander heftig in die Kritik geraten. Ein anonymes Buch nahm den ehemaligen CEO unter Feuer. Er habe innerhalb der Firma die Vetternwirtschaft wieder eingeführt und damit für Chaos gesorgt. Relander habe Sonera von jenen Strategen gesäubert, die die Firma einst gross gemacht hatten, sowie Firmengelder veruntreut. Ganz Finnland fragt sich seither: Brauchte Relander auch noch die Mafia, um seine Geschäftsziele zu erreichen?

Nach 16 Jahren Diktatur setzten die Chilen der Diktatur Pinochets per Volksentscheid ein Ende.

Chile befreit sich vom Schatten der Diktatur

Von Pinochet zur Fast-food-Generation

SANTIAGO – **Wer an Chile denkt, dem kommt zu allererst der General und blutige Diktator Pinochet in den Sinn. Aber auch der Putsch und die Ermordung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende unter Mitwirkung des amerikanischen Geheimdienstes. Doch in letzter Zeit ist es um Chile ruhig geworden. Das Land wird demokratisch vom Sozialist Ricardo Lagos regiert. Im täglichen Leben stehen die Zeichen auf dem *«American Way of Life»*, die Kluft zwischen arm und reich besteht nach wie vor und der Konflikt mit den Mapuches, den Indianer Chiles, bleibt ungelöst.**

VON MARTINA SCHILD

Chile 2003, 30 Jahre sind vergangen, als das heute wirtschaftlich und soziopolitisch meist gesicherte Land Südamerikas eine deftige Wende zu spüren bekam. Nachdem 1970 der Marxist Salvador Allende beim 4. Versuch endlich die Präsidentschaft erhielt, wurde er 1973 unter der Leitung des Generals Augusto Pinochet brutal aus seinem Amt geputscht und das Land von da an unter eine Militardiktatur gesetzt. Pinochet wich daraufhin nicht mehr von seiner Diktatorposition, bis sich das Land 1989 wieder der Demokratie zuwendete. Bedeutung dieser 16 Jahre unter Militärkontrolle: jegliche Rechte der Bevölkerung wurden entzogen, Einführung der Zensur, Spionage, Verschleppungen und Hinrichtungen.

Rasante soziale Veränderungen

Heute, 30 Jahre später ist Chile ein demokratisches Land. Im Jahr 2000 wurde der Sozialist Ricardo Lagos zum Präsidenten ernannt und ihm die Verantwortung für das Land für die nächsten 6 Jahre überreicht. Chile strebt nach oben. Kein anderes südamerikanisches Land hat es bisher geschafft, derart rasante Fortschritte bezüglich Wirtschaft und Aufbau des Sozialsystemes zu machen wie Chile. Dank der obligatorischen Schulpflicht für alle Kinder von fünf bis zwölf Jahren, ohne Einfluss auf deren sozioökonomischer Herkunft liegt die Analphabetismusquote gerade mal bei fünf Prozent.

Jeden Tag eine Fastfood-Kette

Die wichtigsten Züge Chiles zeichnen sich bereits zur Zeit der spanischen Kolonialisierung hervor. Da das Land nicht im Besitz von Gold war, wurde es nicht Opfer der Ausbeutung und Versklavung Südamerikas. Im Gegenteil, die spanischen «Immigranten» welche es nach Chile zog, waren gebildete Leute auf der Suche nach Ruhm und Ehre und der Bereitschaft, ihr Wissen und ihre Kultur den Einheimischen zu übermitteln. Heutzutage unterscheidet sich das Leben der Leute wenig vom *«American Way of Life»*. Jeden Tag scheint eine neue Fastfood-Kette eigene Lokale zu eröffnen, ein Kaufhaus übertrumpft das andere. Hauptexportware ist Kupfer, gefolgt von Fisch und Wein. Auch der internationale Tourismus ist stetig am wachsen, so besuchten 1997 rund 1.7 Millionen Touristen das Land und liessen 1 Milliarde Dollar liegen.

Grosse Kluft zwischen Neureichen und Armen

Doch nach wie vor besteht die Kluft zwischen Arm und Reich. Besonders die Neureichen Santiagos streben mehr und mehr an die Spitze, während die Armen an den Stadträndern in Vierteln leben, welche sich von den Favelas Boliviens oder Perus kaum unterscheiden. Auch die Rechte der Mapuches, der Indianer Chiles, stehen noch immer auf demselben Level, wie anfang des letzten Jahrhunderts. Man wirft den Mapuches terroristische Aktivitaten vor, um an ihre Rechte zu gelangen. Vor Jahren hat der Staat Regionen aufgezogen, in welchen die Mapuches leben können, sprich Reservate. Doch noch heutzutage werden die Indianer dieses Landes um ihre Erde beraubt. Ein seit Jahren bestehender Konflikt scheint kein Ende zu finden und wird vom Staat der *«Mapuchen-Konflikt»* genannt, eine Ignoranz der chilenischen Politik und Wirtschaft zu eigenen Gunsten, um die Schuld und Verantwortung abzuschieben und der Konfrontation auszuweichen.

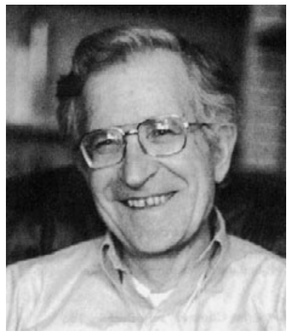
Ronald McDonald lächelt

Seit Beginn dieses Jahres ist Chile Mitglied der UNO. Das Land wird von nun an miteinbezogen, wenn es internationale Entscheidungen zu treffen gibt. Und durch den freien, offenen Handel hauptsächlich mit den USA und Japan wird Chile auch immer mehr als wichtiger Handelspartner akzeptiert. Die Barrieren sind gesprengt, das Land boomt weiter nach oben. Und da zeichnet sich auch ein Lächeln im Gesicht von Ronald McDonalds ab: Go Chile, go!

Noam Chomsky – Querdenker, politischer Analytiker und Professor für Linguistik und Philosophie

Noam Chomsky wurde am 7. Dezember 1928 in Philadelphia geboren. Seine Vielseitigkeit, seine wissenschaftlichen Publikationen und seine politischen Analysen und Vorträge machen ihn zu einem der am meisten gelesenen und zitierten lebenden Publizisten. Die *«New York Times»* hat ihn zum *«wichtigsten lebenden Intellektuellen unserer Zeit»* ausgerufen und von Statistikern ist er zum *«Zitaten Champion»* gekürt worden.

VON HILAR EGGEL



Chomsky – 1992, am Massachusetts Institute of Technology (MIT)

Bahnbrechende linguistische Arbeiten

Aufgewachsen ist er in einem antisemitischen Arbeiterviertel seiner Heimatstadt Philadelphia. Er beschäftigte sich früh mit dem Bürgerkrieg und der anarchistischen Revolution in Spanien. Er besuchte einen Kibbuz, gab aber den ursprünglichen Plan, für längere Zeit in Israel zu leben wegen der israelischen Politik bald wieder auf und studierte an der University of Pennsylvania. 1955 begann seine wissenschaftliche Karriere am Massachusetts Institut of Technologie (MIT). In den sechziger Jahren veröffentlichte er seine bahnbrechenden linguistischen Werke. Seitdem gilt er als einer der wichtigsten Theoretiker auf dem Gebiet der Linguistik.

Gesellschaftspolitischer Kritiker

Über die sprachwissenschaftlich interessierte Leserschaft hinaus wurde er als einer der bedeutensten Kritiker der US-Aussenpolitik, der weltpolitischen Entwicklungen und der Macht der Medien bekannt. Mit seinen detaillierten und faktenreichen Analysen zerpflückte er den US-amerikanischen Mythos von der freiheitsliebenden und menschenfreundlichen demokratischen Supermacht. Immer wieder hat er die realen Verhältnisse von ökonomischer Ausbeutung und sozialer, politischer Macht beschrieben und kritisiert. Chomsky erhielt für seine sprachwissenschaftlichen Forschungen zahlreiche akademische Auszeichnungen. Seine politischen Analysen werden jedoch von denen, die ihn wegen seinen linguistischen Arbeiten loben, weitgehend totgeschwiegen.

Freie Meinungsäusserung

Die Freiheit, seine eigene Meinung zu äussern, hat Chomsky stets konsequent hochgehalten, selbst dann, wenn Kritiker seine Äusserungen verzerrten. Machthaber, die politische Kritiker unterdrücken oder Leute am Sprechen hindern, hat er stets abgelehnt. Chomsky schreibt: *«Niemand sollte die Macht haben, irgendetwas zu ‹erlauben›, wobei ich, und das ist zentral, überhaupt nicht argumentiere, man solle die freie Meinungsäusserung erlauben, weil Sachen, die funktionieren (oder wertvoll sind), sonst womöglich unterdrückt würden… Ich stimme einfach nicht mit der Meinung überein, dass der Staat oder irgendein anderes System organisierter Macht und Gewalt die Autorität haben sollte, zu entscheiden, was Leute zu sagen oder zu denken haben.»*

Vernünftige Politik

Gegen eine unilaterale amerikanische Politik hat sich Chomsky in zahlreichen Beiträgen geäussert und einen *«Alleingang»* als überhebliche Machtdemonstration kritisiert. Doch was kann gegen eine imperialistische Politik unternommen und wie kann ein Weltpolizist in vernünftige Schranken gewiesen werden? Die Antwort von Chomsky ist verblüffend einfach. Kämpfen. Kämpfen gegen die Machtgelüste irgendwelcher Weltherrscher, kämpfen gegen herrschende politische, religiöse, ideologische Dogmen, kämpfen gegen rassistische Vorurteile, kämpfen gegen Manipulation und Propaganda, um die menschliche Freiheit zu stärken. Und mit einem Fingerzeig auf die US-Politik meint Chomsky, dass eine vernünftige Politik zum Beispiel wäre, wenn sich die Bush-Administration an die US-Verfassung halten und nicht unilateral internationale Verträge brechen würde.

Verteidigung demokratischer Rechte

Im Buch *«Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung»* hat Chomsky den Finger auf die Wunden des Weltwirtschaftsystems gelegt, das nach seiner Überzeugung einen Angriff auf die Demokratie sowie auf die zentralen Werte der Freiheit, der Souveränität und der Menschenrechte darstellt. Der Schlachtruf dieses Angriffs laute: *«Es gibt keine Alternative».*

Eine solche gibt es nach Chomsky sehr wohl. Schliesslich sei die sozioökonomische Ordnung *«das Ergebnis von Entscheidungen von Menschen, die in von Menschen geschaffenen Institutionen wirken».* Die Entscheidungen können deshalb widerrufen, die Institutionen verändert werden. Und wenn es sich als nötig erweise, so könnten sie auch aufgehoben und durch neue ersetzt werden. Chomsky stellt fest: *«Das haben aufrechte und mutige Menschen im Lauf der Geschichte immer wieder vollbracht.»*

Literatur:

- Robert F. Barsky: Noam Chomsky. Libertärer Querdenker. Aus dem Englischen übersetzt von Stefan Howald. Zürich 1999.
- Noam Chomsky: War against People. Menschenrechte und Schurkenstaaten. Hamburg 2001.
- Noam Chomsky: Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung. Grafenau 2001.
- Noam Chomsky: Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Hamburg 2000.

Noam Chomsky: Die Irak-Krise

In zahlreichen Artikeln, Vorträgen und auch im Buch *«War against people. Menschenrechte und Schurkenstaaten»* hat Chomsky zum aktuellen Konflikt zwischen dem Irak und den USA äusserst kritisch Stellung bezogen. Neben den *«Schurkenstaaten»*, die die Bush-Administration als *«Inbegriff des Bösen»* bezeichnet, mag es erstaunen, wenn Chomsky auch die USA zu dieser Art von Staaten zählt. Warum? *«Schurkenstaaten»* sind für ihn Staaten, die bereit sind, *«zur Wahrung der selbstdefinierten nationalen Interessen Gewalt anzuwenden».* Noch bedenklicher wird es – nach Chomsky – wenn es sich um Staaten handelt, die sich *«weltweit zum Richter und Weltpolizisten erkoren haben».*

Die Vereinten Nationen

Nach der Überzeugung von Chomsky müssten die *«Vereinigten Staaten und Grossbritannien gemäss ihren Gesetzen und Verpflichtungen handeln».* Der für solche Fälle vorgesehene gesetzliche Rahmen ist in der *«Charta der Vereinten Nationen»* festgeschrieben. Die Charta ist die anerkannte Grundlage des internationalen Rechts. In der US-amerikanischen Verfassung gilt dieser *«formelle Vertrag»* als *«höchstes Gesetz des Landes».* Deshalb hat nach Chomsky auch die US-Regierung kein Recht, *«eigenmächtig zu entscheiden und nach eigenem Gutdünken zu handeln».* USA und Grossbritannien haben jederzeit die Möglichkeit, gemäss der UNO-Charta, den Sicherheitsrat anzurufen, um sich von ihm zur *«Androhung und Anwendung von Gewalt»* ermächtigen zu lassen. Chomsky kommt zum Schluss: *«Sie gingen aber sofort auf Distanz, als sie erkennen mussten, dass der Sicherheitsrat andere Vorstellungen hat.»*

Von ungewöhnlich herzlichen Beziehungen…

Wenn Chomsky sich mit Irak auseinandersetzt, spielen zwei Gesichtspunkte eine wichtige Rolle. Welche Position hat die USA in der Vergangenheit eingenommen (vor allem gegenüber Saddam Hussein) und welche Machtposition nehmen sie zurzeit ein. Er weist immer wieder darauf hin, dass die Bedrohung irgendwelcher US-Interessen zunächst nicht dem Irak angelastet wurde. Chomsky erklärt: *«Irak ist zweifelsohne ein führender Verbrecherstaat».* Doch man scheint vergessen zu haben, dass Reagan und Bush mit dem Massenmörder ungewöhnlich herzliche Beziehungen gepflegt hatten. Als Saddam im März 1988 bei Halabja Giftgas gegen Kurden einsetzte, blieb der leidenschaftliche Ruf nach einem Militärschlag aus; statt dessen intensivierten Grossbritannien und die USA ihre Unterstützung für den Massenmörder, der damals noch *«genau unser Typ»* war.

…zur *«Bestie von Bagdad»*

Die Einstellung zu Saddam Hussein als bevorzugten Freund und Handelspartner änderte sich, als die USA signalisierten, sie *«würden gewaltsame Verschiebungen der Grenze zu Kuwait dulden».* Saddam sah darin *«eine Art Freibrief, sich den gesamten Nachbarstaat unter den Nagel zu reissen».* Chomsky ist der Meinung, dass Saddam nicht wegen seiner umfangreichen Verbrechen zur *«Bestie von Bagdad»* geworden ist, sondern weil er, wie Noriega in Panama, die ihm gesetzten Grenzen überschritt. *«Er hat sich nicht mehr an die Abmachungen mit den USA gehalten, wurde nicht zuletzt mit der Hilfe der USA grössenwahnsinnig. Er wollte seine Interessen – nicht diejenigen der USA durchsetzten. Diesen Schritt hat man dem Diktator nicht verziehen. Denn letztlich wollten die USA Einfluss im Golfgebiet nehmen und die Ölreserven zu ihrem eigenen Nutzen gebrauchen.»*

Irakische Opposition

Welche Stellung nahm die US-Regierung in bezug zur irakischen Opposition ein? Gemäss Chomsky ist sie unerwünscht, weil die Amerikaner an wirtschaftlichen Interessen im Mittleren Orient interessiert sind und eine eigenständige, vielleicht auch starke Oppositionskraft nicht dulden. Die Amerikaner wie auch die Briten befinden sich in einer Zwickmühle, *«weil sie sich weigern, der politischen Veränderung mit Hilfe der Opposition eine Chance zu geben».*

Welche Politik müsste im Mittleren Osten verfolgt werden? Chomsky verweist auf ein Alternativprogramm, das die irakische Opposition in London umrissen hat: *«1. Saddam wird zum Kriegsverbrecher erklärt; 2. Eine von der Opposition gebildete provisorische Regierung wird anerkannt; 3. Die vielen hundert Millionen $ auf irakischen Konten im Ausland werden freigegeben; 4. Die Beweglichkeit von Saddams Militärkräften wird durch eine ‹Fahrverbotszone› oder durch eine auf das ganze Land ausgeweitete ‹Flugverbotszone› eingeschränkt.»* Zu diesen Punkten haben die Regierungen, die jetzt die Kriegstrommel für einen Angriff auf den Irak rühren, bisher geschwiegen.

Kommentar

Die Todesmaschine wird geölt

Ende Januar hat Präsident George W. Bush seine Rede zur «Lage der Nation» gehalten. Erstaunlich war, dass der knapp gewählte Präsident eigentlich nicht als Politiker auftrat, sondern eher als verhinderter Prediger. Wie ein von Gott berufener Gesandter stimmte er die Amerikanerinnen und Amerikaner auf einen Krieg gegen das Böse – sprich Irak – ein.

Machthaber, die in die Trickkiste greifen und religiöse Worthülsen hervorzaubern, hat es in der Geschichte schon einige gegeben. Ihre Absichten sind mehr oder weniger die gleichen geblieben. Sie versuchen, Bürgerinnen und Bürger vor innenpolitischen Problemen abzulenken, indem sie Staaten zum «Inbegriff des Bösen» stempeln, um gleichzeitig nationale wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Saddam Hussein ist zweifelsohne ein Verbrecher. Aber diese Tatsache allein rechtfertigt einen Präsidenten Bush nicht, zusammen mit dem «Juniorpartner» das Kriegsbeil zu schwingen, ohne das Einverständnis des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eingeholt zu haben.

Vorauszusehen ist, dass ein Krieg fatale Folgen nach sich ziehen wird. Nehmen wir an, Saddam Hussein ist im Besitz von Massenvernichtungswaffen, dann wird er sie mit allergrösster Wahrscheinlichkeit auch einsetzen. Die Folgen wären für die umliegenden Staaten verheerend. Bedenken wir weiter: Hat er die nuklearen und biologischen Waffen nicht, ist ein Krieg im Mittleren Osten sinn- und verantwortungslos. Die irakische Bevölkerung würde an den Folgen eines Bombardements der US-Administration noch mehr zu leiden haben als bisher.

Schon das Embargo gegen den Irak hat die Zivilbevölkerung hart getroffen. Die Infrastruktur ist zerstört; Hilfsprogramme werden blockiert. Sogar Lieferungen von Ambulanzwagen werden mit der Begründung verweigert, sie könnten auch für Truppentransporte genutzt werden. Gemäss UNICEF-Untersuchungen hat das Embargo zur Folge gehabt, dass 500 000 Kinder an Krankheiten und Unterernährung leiden – im Durchschnitt sterben jeden Monat 5000 Kinder.

Kriege sind sinnlos. Um was geht es dann? Chomsky betont: «Es gibt langzeitliche Hintergründe, die allseits bekannt sind. Der Irak besitzt die zweitgrößten Erdölreserven auf der ganzen Welt. Die Wahrscheinlichkeit bestand schon immer, dass die Amerikaner früher oder später versuchen würden, diesen enormen Reichtum unter die eigene Kontrolle zu bringen und anderen den privilegierten Zugang dazu vorzuenthalten. Aber diese Einschätzungen bestanden seit Jahren.»

Hilar Eggel

Wohin frau/man geht

Tünelkultur Rest. Simplon Naters

Jeden Dienstag, 19.00 bis 23.00 Uhr

XXJAM SESSIONXXX

Freitag, 21. Februar, ab 21.00 Uhr

AK-Band
Oldies-Cover

Das Frühjahrs-Programm der Tünelkultur war bei Redaktionsschluss noch nicht erstellt. Nähere Informationen erhalten Sie in der Tagespresse.

Samstag, 15. Februar 2003, 13.30 Uhr

Nein zum Krieg gegen den Irak – Kein Blut für Öl!

Gesamtschweizerische Demonstration in Bern

Auf der Schützenmatte (Bahnhof Ausgang Neugasse)

Mittwoch, 19. Februar, 20.15 Uhr
Freitag, 21. Februar, 20.15 Uhr
Sonntag, 23. Februar, 16.00 Uhr

Gmischte Salat
Theater der Senioren-Bühne Brig

Samstag, 8. März, 20.30 Uhr

Gigi Moto
Konzert

Samstag, 14. März, 20.30 Uhr

Michael Quast
Kabarett

Samstag, 12. April, 20.30 Uhr

Der Thronfolger
Theater mit Kaspar Lüscher

Freitag, 2. Mai und Samstag, 3. Mai, 20.30 Uhr

Dodo Hug

Samstag, 17. Mai, 20.30 Uhr

Connie Stadler & Friends
Konzert

Samstag, 31. Mai, 20.30 Uhr

Der Alchimist
mit dem Theater 58

Sonntagsmatinee:
23. März, 11.00 Uhr
27. April, 11.00 Uhr

Ja zur Lehrstelleninitiative «lipa»?

Eine gute und breite Bildung ist der wichtigste Rohstoff der Schweiz. Die Lehrstelleninitiative ‚lipa' will langfristig Lehrstellen für alle jungen Menschen schaffen. Ein grosser Teil der Verantwortung für den Lehrstellenmangel liegt bei den Betrieben. Doch weniger als 30% aller Betriebe bieten Lehrstellen an.

Kämpft mit uns für ein JA zur lipa!

- **20. März 2003**
  Sponsorenlauf beim Bundeshaus Bern
- **3. Mai 2003**
  Kundgebung und Konzert mit Polo Hofer und weiteren Events auf dem Bundesplatz in Bern

Nähere Infos: «lipa»-Komitee Oberwallis
Tel. 027 922 47 43 und www.lipa.ch

Umwelt-Agenda

Freitag, 14. Februar, 19.00 Uhr
Grünwaldsaal – Bibliothek, Brig

Generalversammlung Natur- und Vogelschutzverein Oberwallis (NVO)
anschliessend um 20.00 Uhr:
«Vernetzungsprojekte und Kleinstrukturen in der Praxis»
öffentlicher Vortrag von Peter Oggier, Biologe

Donnerstag, 6. März, 20.00 Uhr
Bahnhofbuffet Brig

Tagfalter und ihre Lebensräume
Vortrage von Ralph Imstepf

Samstag, 8. März, 8.00 Uhr
Lonza – Biotop Brigerbad

Pflegeeinsatz im Lonza-Biotop

Sonntag, 16. März, 8.00 Uhr
Bahnhof Gampel

Halbtägige ornithologische Exkursion in Gampel
mit Peter Salzgeber

Sonntag, 6. April
Diverse Gemeinden im Oberwallis

Traditioneller Vogelbeobachtungstag
Ornithologischer Morgenspaziergang für Anfänger

Dienstag, 8. April, 19.00 Uhr
Bahnhofbuffet Brig

Welcher Zusammenhang besteht zwischen Treibhauseffekt, Klimaerwärmung und Wetter
Vortrag von Dr. Dietmar Grebner

Samstag/Sonntag, 3./4. Mai 2003
(Verschiebungsdatum: 10./11. Mai)

Kundgebungen gegen das Heliskiing
Nähere Infos auf: www.mountainwilderness.ch

Nähere Informationen & Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Tel. 027 923 61 62

Dicke Eier

Rauch im Lehrerzimmer

Dürfen LehrerInnen im Lehrerzimmer rauchen und Alkohol konsumieren? Ja, meint die Mehrheit der Briger OS-LehrerInnen. Ein entsprechender Antrag für die Verbannung der Flaschen und Zigaretten aus dem Lehrerzimmer, fiel kläglich durch. Auch die RA ist der festen Überzeugung, dass es besser ist, dass die LehrerInnen in der trauten Umgebung des Arbeitsortes sich ein Schlückchen genehmigen, statt sich in denselben Beizen herumzutreiben wie ihre SchülerInnen.

Präfekten-Theater ohne einen Hauptdarsteller

Im Präfekten-Streit zwischen der CSPO und der CVPO ist erstaunlich wenig vom Bezirk Visp die Rede. Obwohl gegen das Büro Bonvin-Bumann des Visper Präfekten Josef Bumann diverse Verfahren beim Untersuchungsrichter des Oberwallis hängig sind. Untersuchungsrichter Bernhard Tenud hat ein Strafverfahren wegen Urkundenfälschung eröffnet. Zudem laufen die polizeilichen Ermittlungen in zwei weiteren Fällen. Gar nichts sagt zu dieser Angelegenheit Bumann-Protektor und Staatsrat Wilhelm Schnyder. Das ist ein schlechtes Zeichen. Wie Insider berichten, ist Bumanns Abgang nur noch eine Frage der Zeit.

Da steckt böse Absicht dahinter

Im «Walliser Bote» durften alle namhaften Politiker ihren Senf zum Neuen Jahr geben, und zwar mit Fotos. Was wichtig ist, denn wir schreiben das Jahr der Nationalratswahlen. Doch einer fehlte. Keiner hat es bemerkt, nur er selber. Und er soll sich grün und blau geärgert haben: Staatsrat Wilhelm Schnyder. Eines ist sicher: Da steckt böswillige Absicht dahinter. Als Zeichen der ausgleichenden Gerechtigkeit soll Schnyder wenigstens in der vorliegenden RA mit einem Foto erscheinen.

Die Chinesen mit Illusionen

Am Tourismusforum der CSPO winkte der wackere CSPO-Grossrat Fredy Huber den Kantonsbeamten mit dem politischen Zaunpfahl: *«Noch macht das Parlament die Gesetze.»* Wer gute Ohren hat, der konnte aus der hintersten rechten Ecke des Saales hören: *«Diese jungen Grossräte haben noch Illusionen!»*
Und wer gute Augen hat, der konnte drei waschechte Chinesen erkennen: Den Tourismusbeamte Werner Schnyder, den Staatsrat Wilhelm Schnyder und den Alt-Ständerat Peter Bloetzer.

KMU-Profis der CVP mit Meteo-Statistik?

Statistiken haben ihre Tücken. Offenbar glaubt die CVPO nur an statistische Zahlen, die sie selber gefälscht hat. In der Vorschau zum KMU-Meeting präsentierte die CVPO auf einer ganzen WB-Seite eine wilde Zahlenschlacht. Eine Zahl fiel besonders auf: Die Staatsquote der Schweiz betrage 39 Prozent! Zudem schneidet die Schweiz im CVP-Vergleich international am schlechtesten ab. Wie es der Zufall so will, gab der Bundesrat ausgerechnet am folgenden Tag seinen Bericht über die Fiskalquote der Schweiz im internationalen Vergleich heraus. Und da stehen ganz andere Zahlen: Die Staatsquote beträgt bloss 35,7 Prozent und im Vergleich zum OECD-Mittel von 37,4 Prozent und dem internationalen Mittel von 39,9 Prozent liegt die Staatsquote in der Schweiz laut bundesrätlichem Urteil «noch eher tief.» Das verleitet uns zur Frage, haben sich die CVPO-Profis eventuell in die Meteo-Statistik verirrt und die Staatsquote mit der Luftfeuchtigkeit verwechselt?

Zi-Täter

«Woher kommen die blauäugigen Oberwallliser?»
Klaus J. Stöhlker im WB

Rote Anneliese: ***Da wir nun bestens wissen, woher Stöhlkers blauäugige und blondhaarige Frau und seine Schwiegermutter abstammen, würde es uns ebenfalls interessieren, wo denn Stöhlkers schütterer Haarwuchs seine Wurzeln hat – historisch wohlverstanden!***

«Mehr Drogen, Asylanten und Gewalt. Erfolgreiches Jahr für das Schweizer Grenzwachtkorps.»
Pius Rieder im WB

Rote Anneliese: ***Damit auch das laufende Jahr für das Schweizer Grenzwachtkorps zu einem vollen Erfolg wird, wünscht ihm der WB noch mehr Drogen, Asylanten und Gewalt.***

«Immer wieder plädieren die Sozialisten, dass der Staat in schwierigen Zeiten investieren soll. Damit haben sie eigentlich Recht.»
Werner Lagger, CVP-Grossrat in einem WB-Leserbrief

Rote Anneliese: ***Eigentlich! Aber leider haben die C-Leute bereits in den fetten sieben Jahren die Staatskassen geplündert.***

«Die erprobten Parteistützen wie Hans Hallenbarter und Paul Inderkummen stehen nach Meinung der Parteileitung wohl nur noch für Notfälle zur Verfügung.»
Pius Rieder im WB

Rote Anneliese: ***Der Notfall Paul Inderkummen ist viel früher eingetreten, als Rieder das vorausgesehen hat. Inderkummens Firmen stehen trotz gelber Protektion vor dem Konkurs.***

«Schätzungen von Fachleuten gehen dahin, dass beispielsweise die Wohnungen in Naters auf einen Schlag um Zehntausende von Franken pro Einheit aufgewertet würden.»
Luzius Theler über den Monolith im WB

Rote Anneliese: ***Schätzungen von Laien gehen dahin, dass dann die Mieten ansteigen.***

Jetzt reicht's! Jetzt abonniere ich die Rote Anneliese!

☐ **Ich bestelle die «RA»**
☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)**

Name/Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax 027 923 69 71

Fall Leukerbad: Alt-Staatsrat Gertschen belastet Kanton Wallis schwer

Die teuerste Walliser «Doktor-Arbeit» aller Zeiten?

LEUKERBAD/LAUSANNE – **Welche Verantwortung trägt der Staatsrat im Fall Leukerbad. Dazu liegt zur Zeit eine 178-seitige juristische Abhandlung beim Bundesgericht, welche unter anderem das Finanzdepartement Wilhelm Schnyders belastet. Interessant ist der Autor: Alt-Staatsrat Richard Gertschen! Durch ein Leck fiel seine Schrift in die Hände der Gläubiger und wird nun gegen die Interessen des Kantons eingesetzt.**

VON KURT MARTI

Als nach dem Finanzdebakel von Leukerbad das Finanzdepartement unter dem CSPO-Staatsrat Wilhelm Schnyder versuchte, einen grossen Teil der Verantwortung dem CVPO-Justizdepartement Richard Gertschens in die Schuhe zu schieben, zeigte dieser die Zähne. Nach seinem Rücktritt 1997 ging er minutiös zur Sache und verfasste eine 178-seitige juristische Arbeit, die laut Eingeweihten einer *«veritablen Doktor-Arbeit»* gleicht. Gertschens Abhandlung ist eine Verteidigungsschrift in eigener Sache. Detailliert zeigt er auf, dass die Verantwortung nicht nur beim Justizdepartement lag, sondern auch beim Finanzdepartement seines Kollegen Wilhelm Schnyder und beim Finanzinspektorat. In keinem Satz erwähnt Gertschen allerdings den hauptverantwortlichen Chef des Finanzdepartements, Wilhelm Schnyder. *«Da ist er ein Gentlemen durch und durch»,* äussert sich ein Eingeweihter.

CVP-Kreise: Bös erschrocken

Nachdem Gertschen sein Werk im Jahr 2000 vollendet hatte, liess er die Arbeit stolz in CVPO-Kreisen zirkulieren. Dort sei man, laut Aussagen von Insidern, *«bös erschrocken»* und habe ihm dringend geraten, die Abhandlung zu schubladisieren, ehe diese gegen die Interessen des Kantons eingesetzt werde. Doch zu spät! Durch ein Leck hatte das heisse Papier den Weg zur Gegenpartei, den Gläubigern von Leukerbad, gefunden. Diesen Steilpass eines ehemaligen Regierungsmitgliedes liessen sich die Leukerbad-Gläubiger natürlich nicht entgehen. Und so ist die famose «Doktor-Arbeit» nun im Dossier der Verantwortlichkeitsklagen gegen den Kanton Wallis beim Bundesgericht wiederzufinden.

In der Verantwortlichkeitsklage gegen den Kanton Wallis geht es um über 100 Millionen Franken. Das Urteil des Bundesgerichtes wird auf Ende Juni erwartet. Dann wissen wir genau, ob aus Gertschens Abhandlung definitiv die teuerste Walliser Doktorarbeit aller Zeiten wird.

Alt-Staatsrat Richard Löwenherz: ***Wollte Zähne zeigen und hat damit die CVP erschreckt.***

Präsident von Leukerbad ist seit fünf Monaten krankgeschrieben

Wann kommt Collenberg zurück?

(ktm) Seit bald fünf Monaten ist Othmar Collenberg, der CSPO-Gemeindepräsident von Leukerbad, krankgeschrieben. Ob und wann Collenberg sein Amt wieder aufnehmen wird, das scheinen in Leukerbad weder die Bevölkerung noch die Gemeindeverwaltung zu wissen. Die *Rote Anneliese* hat ihn darauf angesprochen. Hier seine Antworten:

Herr Collenberg, seit wann sind sie krank geschrieben?

Othmar Collenberg: Seit dem 19. September 2002 bin ich krank geschrieben und gemäss ärztlichem Zeugnis arbeitsunfähig.

Wann rechnen Sie, dass Sie das Amt wieder aufnehmen können?

Collenberg: Ob und wann ich das Präsidentenamt von Leukerbad wieder aufnehmen kann, hängt von den Ärzten ab.

Haben Sie auch an einen Rücktritt gedacht?

Collenberg: Grundsätzlich kann ich sagen: Wenn ich längere Zeit nicht wieder einsteigen kann, dann werde ich die Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Ein solch schwieriges Amt verträgt keine so lange Absenz. Ich gehe jetzt regelmässig aufs Gemeindebüro, um mich auf dem Laufenden zu halten, nicht aber um zu arbeiten.

Besten Dank für das Gespräch. Wir wünschen Ihnen gute Besserung.

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 176 / Februar 2003
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis